

Schweiz

**TOBACCO
INDUSTRY INTERFERENCE
INDEX 2025**

Datum der Veröffentlichung:
November 2025

Autoren:

Kris Schürch
Sascha Moore Boffi
Malgorzata Posoch-Gueneau de Mussy
Luciano Ruggia

Danksagungen:

Die Autoren sprechen folgenden Experten ihren Dank für ihre Beiträge zu diesem Bericht aus:

Markus Ossola, Krebsliga Schweiz
Claudia Künzli, Lungenliga Schweiz
Tania Séverin, Sucht Schweiz
Philipp Tinguely, Schweizerische Herzstiftung
Julie Martin, Jérémy Cros und Luc Lebon, Universitätszentrum für Primärversorgung und öffentliche Gesundheit (Unisanté)
Evelyne Laszlo, CIPRET Tabakprävention Genf
Hugo Molineaux, OxySuisse
Markus Dick und Martin Bienlein, stop2drop
Fabian Strässle, Lobbywatch

Ohne die Beiträge all dieser Personen wäre dieses Dokument nicht zustande gekommen.

Die Autoren möchten ebenfalls Mary Assunta vom Global Centre for Good Governance in Tobacco Control (GGTC) für ihre redaktionelle Beratung ihren aufrichtigen Dank aussprechen.

Literaturtipp:

Schürch, More Boffi, Posoch-Gueneau de Mussy und Ruggia (2025). Index der Eingriffe in die Tabakindustrie in der Schweiz 2025. Global Center for Good Governance in Tobacco Control (GGTC) und AT Schweiz. November 2025.

Weitere Empfehlungen:



Arbeitsgemeinschaft
Tabakprävention
Schweiz



SUCHT | SCHWEIZ



krebsliga schweiz
ligue suisse contre le cancer
lega svizzera contro il cancro



LUNGENLIGA
LIGUE PULMONAIRE
LEGA POLMONARE



Schweizerische
Herzstiftung


CIPRET
PRÉVENTION TABAC
GENÈVE

unisanté

Centre universitaire de médecine générale
et santé publique • Lausanne


oxy
OxySuisse

 Lobbywatch


STOP
2DROP

Inhalt

Vorwort	5
Zusammenfassung	6
Wichtigste Erkenntnisse	6
Empfehlungen	8
Abkürzungsverzeichnis	9
Methodologie	11
Hintergrund und Einleitung	10
Ergebnisse und Erkenntnisse	12

Vorwort

Die Schweiz gilt international als Land der Verantwortung, Neutralität und hohen Lebensqualität. Umso auffälliger ist der Widerspruch, dass unser Land in Sachen Tabakkontrolle weit hinterherhinkt.

Der *Global Tobacco Industry Interference Index 2025* bestätigt erneut den ausserordentlich starken Einfluss der Tabak- und Nikotinbranche auf Politik und öffentliche Verwaltung in der Schweiz. Während zahlreiche Länder konsequente Massnahmen ergreifen, um den Einfluss dieser Parteien einzudämmen, bleibt die Schweiz eines der wenigen Länder, in denen diese Industrie praktisch ungehindert agieren kann.

Ein wesentlicher Grund dafür ist die Nichtratifizierung des WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakkonsums. Dieses Übereinkommen würde klare Regeln gegen Lobbying, intransparente und nicht protokollierte Treffen sowie problematische Partnerschaften festgelegt. Stattdessen geniessen die Unternehmen weiterhin weitgehende Handlungsfreiheit. Oft zum Nachteil der Bevölkerung und der öffentlichen Gesundheit.

Die Folgen sind gravierend: Der Tabakkonsum verursacht nach wie vor rund 14 Prozent aller Todesfälle in unserem Land. Gleichzeitig gelingt es der Tabakindustrie, ihre zerstörerische Rolle durch Marketing, Einflussnahme auf die Forschung und sogenannte Nachhaltigkeitsprojekte zu verschleiern. Gesundheit und Verantwortung spielen dabei keine Rolle, es geht einzig und allein um Profit.

Dieser Bericht ist daher nicht nur eine Bestandsaufnahme, sondern ein dringender Aufruf zum Handeln:

- Die Schweiz muss das WHO-Rahmenübereinkommen ratifizieren.
- Die Zusammenarbeit mit der Tabak- und Nikotinindustrie muss streng überwacht werden.

Nur durch klares und konsequentes Handeln können wir die öffentliche Gesundheit wirksam schützen und unserer Verantwortung gegenüber den Menschen in diesem Land gerecht werden.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Schweiz weiterhin «Spielwiese» für eine Industrie ist, deren Geschäftsmodell auf Sucht, Krankheit und Tod basiert. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Gesundheit, Umwelt und die Grundwerte unseres Landes Vorrang haben und nicht länger den Interessen multinationaler Konzerne geopfert werden.

Wärmste Grüsse



Laurence Fehlmann Rielle
Präsidentin AT Schweiz, Mitglied des Nationalrats (SP)

Zusammenfassung

Dieser Bericht präsentiert die Ergebnisse der Schweiz für das Jahr 2025 im Global Tobacco Industry Interference Index (GTI). Dieser bewertet, wie erfolgreich Regierungen die Gesundheitspolitik vor dem Einfluss der Tabakindustrie schützen. Die Schweiz bleibt mit **96 von 100 Punkten** eines der Länder mit der schlechtesten Leistung weltweit, was den weit verbreiteten und anhaltenden Einfluss der Industrie widerspiegelt. Diese Bewertung schliesst die Entwicklungen zwischen März 2023 und März 2025 mit ein.

Die Schweiz steht aufgrund des Tabakkonsums vor einer grossen Herausforderung im Bereich der öffentlichen Gesundheit, doch die Einmischung der Industrie behindert weiterhin eine wirksame Regulierung. Da das Land das Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakkonsums (FCTC) nicht ratifiziert hat, ist es den Taktiken der Tabakindustrie in hohem Masse ausgesetzt. Grosse internationale Unternehmen (Philip Morris, Japan Tobacco International, British American Tobacco) haben hier ihren Hauptsitz oder sind hier tätig und geniessen einen beispiellosen Zugang zur Politik.

Wichtigste Erkenntnisse

I BETEILIGUNG DER INDUSTRIE AN DER ENTWICKLUNG VON POLITISCHEN MASSNAHMEN

In der Schweiz gibt es keine Beschränkungen, die Akteure der Tabakindustrie daran hindern, Einfluss auf die Gesundheitspolitik zu nehmen. Parlamentarier vertreten offen die Interessen der Tabakindustrie, Lobbyisten haben direkten Zugang zu Bundesgebäuden und mit der Industrie verbundene Personen bekleiden einflussreiche politische Ämter. Die Industrie beteiligt sich zudem an offiziellen Konsultationen und informellen Prozessen und entwirft manchmal sogar politische Formulierungen, die von den Behörden übernommen werden. Auf diese Weise kann die Branche direkt Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen und Massnahmen zur Tabakkontrolle verwässern und unterbinden.

2 CSR-AKTIVITÄTEN DER BRANCHE

Die Regierung unterstützt weiterhin von der Industrie initiierte Aktivitäten im Bereich der «sozialen Verantwortung von Unternehmen» (Corporate Social Responsibility, CSR) und beteiligt sich an diesen. Japan Tobacco International (JTI) arbeitet mit öffentlichen Kulturinstitutionen zusammen und das Bundesamt für Umwelt ist direkt an Aufräumaktionen zusammen mit der Tabakindustrie beteiligt. Bundesrat Ignazio Cassis ist als Redner für ein Forum gelistet, das JTI als Premium-Partner aufführt. Diese Partnerschaften helfen der Tabakindustrie, ihr Image aufzupolieren und gleichzeitig ihren Einfluss zu sichern.

3 VORTEILE FÜR DIE BRANCHE

Der Bund gewährt einheimischen Tabakbauern erhebliche Subventionen (40.000 CHF pro Hektar)¹ und grosse Tabakunternehmen profitieren von undurchsichtigen Steuerregelungen. Öffentliche Pensionsfonds investieren trotz ethischer Bedenken und öffentlichen Drucks zur Veräusserung weiterhin in Tabakaktien.

4 UNNÖTIGE INTERAKTION

Hochrangige Beamte treffen sich regelmässig mit Tabakunternehmen bei gesellschaftlichen Anlässen und Lobbyveranstaltungen, von denen viele nicht öffentlich kommuniziert werden. Beispiele hierfür sind wiederkehrende Treffen hinter verschlossenen Türen zwischen der Regierung von Neuenburg und PMI sowie informelle Anlässe, die von mit der Industrie verbundenen Verbänden wie Economiesuisse oder KS/CS gesponsert werden. Die anhaltenden Interaktionen zwischen Regierungsbeamten und der Tabakindustrie fördern enge Beziehungen und normalisieren die Präsenz der Branche in politischen Netzwerken.

5 TRANSPARENZ

Es besteht keine Verpflichtung für Regierungsbeamte oder Parlamentarier, Treffen mit Tabakunternehmen proaktiv offenzulegen. Die Bestimmungen bezüglich Transparenz sind schwach, werden uneinheitlich angewendet und basieren weitgehend auf freiwilligen Selbstauskünften. Fehlende Transparenzaufgaben verschleiern somit die Beziehungen zwischen Regierung und Tabakindustrie und schaffen Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit, die nicht offengelegt wird.

6 INTERESSENKONFLIKT

Die Schweiz erlaubt Spenden der Tabakindustrie an politische Parteien und die Wahlkampffinanzierung mit nur minimaler Offenlegung. Im Jahr 2023 beteiligte sich PMI direkt an den Kampagnen der beiden Parteien SVP (Schweizerische Volkspartei) und FDP (FDP). Auch fehlt es an Schutzmassnahmen gegen die «Drehtür» zwischen Regierung und Industrie. Das Fehlen nationaler Regelungen, die solche Interessenkonflikte verhindern, ermöglicht komplexe und oft verborgene Verbindungen zwischen der Branche und der Schweizer Politik.

7 PRÄVENTIVMASSNAHMEN

Die Schweiz hat keine spezifischen Schutzmassnahmen nach Artikel 5.3 umgesetzt. Es gibt keinen Verhaltenskodex für Beamte, keine Forderung nach Transparenz in der Tabakindustrie und keine Programme zur Sensibilisierung für die FCTC-Prinzipien in den Regierungsbehörden.

¹ Rund 50.000 USD pro Hektar (Wechselkurs Juli 2025)

Während einige Regeln es den Bundesbediensteten verbieten, Geschenke über 200 Franken anzunehmen, gelten diese nicht für den Gesetzgeber.

Schlussfolgerung

Die Schweiz verschafft der Tabakindustrie nach wie vor Zugang zur politischen Macht. Das Fehlen starker Präventionsmassnahmen, Transparenz und Schutzmassnahmen für Interessenkonflikte ermöglicht es der Branche, Gesetze zu erlassen und die öffentliche Gesundheit zu untergraben. Ohne eine sinnvolle Reform und die Ratifizierung des WHO-Rahmenübereinkommens wird die Schweiz ein sicherer Hafen für Einmischungen der Tabakindustrie bleiben. Es bedarf dringend des politischen Willens, diese Schlupflöcher zu schliessen und der öffentlichen Gesundheit Vorrang vor kommerziellen Interessen einzuräumen.

Empfehlungen

Wie von der [Generalversammlung der Vereinten Nationen](#) und dem WHO FCTC anerkannt, muss die Schweizer Regierung den grundlegenden und unüberbrückbaren Konflikt zwischen der öffentlichen Gesundheit und der Produktion, der Vermarktung und dem Verkauf von Tabakprodukten anerkennen. Zu diesem Zweck enthält der Bericht umsetzbare Empfehlungen, die angenommen werden müssen, um die Auswirkungen des Tabakkonsums auf Gesundheit und Umwelt anzugehen. Dazu gehören:

1. Begrenzen Sie die Interaktionen zwischen Parlaments- oder Regierungsmitgliedern oder der Verwaltung und der Tabakindustrie.
2. Durchsetzung einer transparenten Offenlegung aller Interaktionen von Regierung, Verwaltung und Parlamentsmitgliedern mit der Branche.
3. Abschaffung der wirtschaftlichen und steuerlichen Anreize für die Tabakindustrie.
4. Die Tabakindustrie so weit wie möglich von der Entwicklung der Gesundheits- und Umweltpolitik ausschliessen.
5. [Ratifizierung des FCTC](#)

Die Schweiz als Ganzes wird eine umfassende nationale Strategie zur Eindämmung des Tabakkonsums umsetzen müssen, die sich an dem FCTC der WHO orientiert. Die Unterstützung von NGOs und Projekten, die die Ratifizierung des FCTC sicherstellen, um den Status quo zu ändern, wird von entscheidender Bedeutung sein, ebenso wie die kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft, den Organisationen des öffentlichen Gesundheitswesens und der Regierung.

Abkürzungsverzeichnis

Bitte Abkürzungen checken.

AT Schweiz	Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz
BAT	British American Tobacco
COP	Conference of the Parties, Konferenz der Vertragsparteien, Leitungsgremium des WHO-Übereinkommens (FCTC)
CSR	Corporate Social Responsibility (Soziale Verantwortung des Unternehmens)
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
FDP/PLR	Schweizerische Liberale Partei
BAZG	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit
BAFU	Bundesamt für Umwelt
BAG	Bundesamt für Gesundheit
IGSU	Association for a Clean Environment and a Better Quality of Life (Interessengemeinschaft für eine saubere Umwelt und für mehr Lebensqualität)
JTI	Japan Tobacco International
KS/CS	Kommunikation Schweiz/Communication Suisse
NGO	Nichtregierungsorganisation
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
PMI	Philip Morris International
SGV/USAM	Swiss Trade Association (Schweizerischen Gewerbeverbandes SGV/Union des arts et métiers USAM)
SOTA	Cooperative Society for the Purchase of Indigenous Tobacco (Einkaufsgenossenschaft für Inlandtabak)
SVP/UDC	Schweizerische Volkspartei (SVP)
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
WHO FCTC	World Health Organization Framework Convention on Tobacco Control (Rahmenübereinkommen der Weltgesundheitsorganisation zur Eindämmung des Tabakkonsums)

Hintergrund und Einleitung

Die Schweiz hat mit einer grossen Herausforderung für die öffentliche Gesundheit zu kämpfen, die auf den Tabakkonsum zurückzuführen ist, der jedes Jahr für eine beträchtliche Anzahl von Todesfällen verantwortlich ist. Daten aus dem Jahr 2021 zeigten, dass tabakbedingte Krankheiten [jedes Jahr etwa 10.000 Todesfälle verursachen](#); eine erschütternde Zahl, die über 27 Todesfälle pro Tag entspricht und 14% aller Todesfälle im Land ausmacht. Trotz eines Rückgangs von 30% im Jahr 2000 ist die Prävalenz des Rauchens in der Schweiz nach wie vor alarmierend hoch: [Im Jahr 2022 war jeder vierte Erwachsene Raucher](#). Dies entspricht mehr als 2 Millionen aktiven Rauchern, wobei die Quoten sowohl bei [Männern \(27,8%\) als auch bei Frauen \(22,5%\)](#) besonders hoch sind. Trotz eines überwältigenden [wissenschaftlichen Konsenses über die gesundheitlichen Schäden von Tabak](#) entgleist die öffentliche Gesundheitspolitik weiterhin und vermarktet [erhitzte Tabakprodukte, E-Zigaretten](#) und orale Produkte aggressiv unter dem Deckmantel der Schadensminimierung, Innovation und Wahlmöglichkeiten für die Verbraucher.

Der [Bericht über den Global Tobacco Industry Interference Index](#) (Global Tobacco Index) spielt eine entscheidende Rolle bei der Aufklärung über die Tabakkontrolllandschaft in der Schweiz und zeigt den komplexen Einfluss der Tabakindustrie auf die Politikgestaltung auf. Dass die Schweiz im Global Tobacco Index 2021 auf Platz 79 von 80 Ländern [und im Jahr 2023](#) auf Platz 89 von 90 Ländern rangierte, alarmierte Öffentlichkeit und [Medien gleichermaßen](#). Die Aufdeckung von Strategien der Tabakindustrie, die ihre Agenda fördern, wie z.B. [der Kauf von Wissenschaft, die Kooptierung von Bundesbehörden in CSR-Aktivitäten der Industrie und die Nutzung eines umfangreichen politischen Netzwerks](#), haben das Bewusstsein für [die Anfälligkeit des Landes für den Einfluss der Tabak- und E-Zigarettenindustrie geschärft](#). Dieser Einfluss wird durch die Nichtratifizierung des WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (FCTC) durch die Schweiz noch verstärkt. In der Schweiz hat die Tabakindustrie einen sicheren Hafen gefunden. In der Schweiz befindet sich der globale Hauptsitz von Philip Morris International (PMI) und das regionale Zentrum von Japan Tobacco International (JTI). PMI betreibt sowohl ein Forschungszentrum als auch eine Fabrik in Neuchâtel, während JTI eine Fabrik in Dagmersellen betreibt. Darüber hinaus unterhält British American Tobacco (BAT) Büros für den Schweizer Markt in der Stadt Lausanne und [betrieb bis 2023 eine Fabrik in Boncourt](#). Aufgrund der laxen Lobbying-Regeln in der Schweiz und eines politischen Umfelds, das die Interessen der Industrie begünstigt, haben diese Konzerne einen unvergleichlichen Zugang zu Entscheidungsträgern. Seit dem enttäuschenden Abschneiden der Schweiz in der Ausgabe 2021 des Global Tobacco Index – [wo sie auch den vorletzten Platz belegte](#) – sind diese Themen weitgehend unverändert geblieben. Unser derzeitiger Status quo ist das Ergebnis der kritischen Drehungen und Wendungen der Tabakindustrie in der Schweiz.

Die Branche hat sich erfolgreich in den Kreisen der Schweizer Politik verankert und die Grenzen zwischen Regulierer und Reguliertem effektiv verwischt. Es ist kein Zufall, dass die Schweiz 20 Jahre nach ihrem Beitritt zum WHO-Rahmenübereinkommen dieses noch immer nicht ratifiziert hat. Sie ist grösstenteils das Ergebnis strategischer Obstruktion durch die Tabakindustrie.

Dieser Länderbericht für die Ausgabe 2025 des Global Tobacco Index zeigt einmal mehr, wie tief die Tabaklobby im politischen System der Schweiz verankert ist. Die Tabakindustrie hat längst verstanden,

dass die Regulierung ihr Geschäftsmodell bedroht. Aus diesem Grund umfasst das Playbook die Gestaltung von Gesetzen, bevor sie entworfen werden, die Teilnahme an beratenden Funktionen und die Präsentation als Partner in der Gesundheitspolitik. Aber das ist keine Partnerschaft. Es ist eine Einmischung.

Zigaretten töten, wenn sie bestimmungsgemäss verwendet werden. So zitieren wir erneut den Generaldirektor der WHO, Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus, der zu Recht sagte:

«Wenn Tabak ein Virus wäre, hätte man es schon vor langer Zeit als Pandemie bezeichnet.»

Der Unterschied ist: Diese Pandemie wird fabriziert, vermarktet und politisch verteidigt. Es ist an der Zeit, diese Verteidigung zu beenden.

Methodologie

Der Bericht basiert auf einem Fragebogen, der von der Southeast Asia Tobacco Control Alliance entwickelt wurde. Es gibt 20 Fragen, die auf den Richtlinien von Artikel 5.3 basieren. Die in diesem Bericht verwendeten Informationen stammen ausschliesslich aus dem öffentlichen Bereich. Für die Bewertung wird ein Punktesystem angewendet. Die Bewertung reicht **von 0 bis 5**, wobei 5 die höchste Stufe der Interferenz in der Branche und 1 eine geringe oder keine Interferenz darstellt. Je niedriger die Punktzahl, desto besser für das Land. Die Punktzahl 0 bedeutet das Fehlen von Nachweisen oder nicht zutreffend. Wenn mehrere Nachweise gefunden werden, spiegelt die angewendete Punktzahl einen Durchschnitt wider. Für Vertragsparteien des WHO-Übereinkommens sollte Frage 4 mit der Note „0“ bewertet werden. Die Gesamtpunktzahl der Nichtparteien sollte durch 95×100 geteilt werden, um die Gesamtpunktzahl zu erhalten. Die endgültige Punktzahl wurde durch einen Prozess der mündlichen Beratung unter den teilnehmenden Autoren ermittelt, bei dem unterschiedliche Perspektiven diskutiert und ein Konsens erzielt wurde.

Um die Lesbarkeit zu erhöhen, werden die Verweise auf Beweisstücke am Ende des Berichts platziert. Der Bericht enthält Informationen zu Vorfällen von **März 2023** bis **März 2025**, aber auch Vorfälle vor **2023**, die auch heute noch relevant sind.

Schweiz
Tobacco Industry Interference Index 2025
Ergebnisse und Erkenntnisse

**INDIKATOR I: Grad der Beteiligung der Industrie an der
 Politikentwicklung**

	0	1	2	3	4	5
I. Die Regierung² akzeptiert, unterstützt oder befürwortet jedes Angebot zur Unterstützung durch oder in Zusammenarbeit mit der Tabakindustrie oder einer Einrichtung oder Person, die zur Förderung ihrer Interessen arbeitet.³ Bei der Festlegung oder Umsetzung von Massnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit in Bezug auf die Eindämmung des Tabakkonsums⁴ (Empfehlung 3.4)						5

In der Schweiz gibt es keine formalen Vorschriften, die die Beteiligung der Tabakindustrie an der Gesundheitspolitik verbieten.

Es gibt zwei bemerkenswerte Möglichkeiten, wie die Tabakindustrie sicherstellt, dass ihre Interessen in der Politikgestaltung vertreten werden. Ein dritter Weg (direkte Finanzierung politischer Parteien) wird weiter unten unter Indikator 6, #13 beschrieben.

A. Parlamentarier unterstützen die Interessen der Tabakindustrie

Die Schweizerische Bundesversammlung besteht aus zwei Kammern: Der Nationalrat vertritt das Volk, und der Ständerat vertritt die Kantone (Staaten) bei der Ausarbeitung neuer Politiken und Gesetze. Die Bundesversammlung basiert auf dem Prinzip des Milizdienstes, bei dem die Abgeordneten semiprofessionell tätig sein können und die meisten von ihnen weiterhin mehr als ein Drittel ihrer Arbeitszeit in einer anderen Funktion verbringen (entweder als Angestellte, Selbständige oder bezahlte Mitglieder von Unternehmensräten). Diese Aktivitäten gelten in der Schweiz nicht als Interessenkonflikt. Es gibt auch keine Vorschriften, die die Beteiligung der Tabakindustrie an der Politikgestaltung verbieten. Personen, die für Tabakunternehmen arbeiten, können in die Bundesversammlung gewählt werden, ohne ihr Amt niederlegen zu müssen. Derzeit sitzen mehrere Vertreter der Tabakindustrie in beiden Kammern des Parlaments. So ist Gregor Rutz, seit 2012 Mitglied des Schweizer Nationalrates, auch angestellter Präsident des Schweizerischen Tabakhandelsverbandes (auch Swiss Tobacco genannt). Er hat sich offen dazu bekannt, dass er sich für den Erhalt des Wirtschaftsstandorts Schweiz einsetzt, sich für [tiefe Steuern und gegen «unnötige Gesetze»](#) einsetzt. Er ist ein engagierter Förderer der Interessen der Tabakindustrie. Der von ihm

² Der Begriff «Regierung» bezieht sich auf jeden Beamten, unabhängig davon, ob er im Rahmen seiner Autorität handelt oder nicht, solange er mit einer solchen Autorität verhüllt ist oder einem anderen gegenüber so tut, als hätte er eine solche Autorität

³ Der Begriff «Tabakindustrie» umfasst diejenigen, die ihre Interessen vertreten oder sich für ihre Interessen einsetzen, einschliesslich der staatseigenen Tabakindustrie.

⁴ «Unterstützungsangebot» kann Gesetzesentwürfe, technische Beiträge, Empfehlungen, Studienreisen beinhalten

präsierte Verband [Swiss Tobacco](#) ist der Dachverband der Unternehmen und Organisationen des schweizerischen Tabakgross- und -einzelhandels und vertritt deren Interessen in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen.

B. Tabaklobbyisten erhalten Zugang zu den Parlamenten von Bund und Kantonen

Lobbyismus oder die Vertretung enger sozialer, sektoraler oder unternehmerischer Interessen durch die Parlamentarier selbst sowie durch externe Lobbyisten, die sie einladen, ist ein integraler Bestandteil des Schweizer Parlaments im «Milizstil» und des Systems der direkten Demokratie des Landes. Dieses System ist ein wesentlicher Bestandteil des politischen Entscheidungsprozesses in der Schweiz.

Martin Schläpfer, Ex-Lobbyistenchef der grössten Schweizer Supermarktkette «Migros», sagte in einem [Artikel](#) des digitalen, investigativen Magazins Republik, dass «es keine klaren Spielregeln gibt» und dass es verschiedene Strategien gibt, mit denen Lobbyisten die Aufmerksamkeit eines Parlamentariers gewinnen. In der Regel gewähren bestimmte Parlamentarier Lobbyisten direkten Zugang zum Parlamentsgebäude, damit sie sich mit anderen vernetzen können. Konkret erhält jedes Mitglied des Parlaments zwei Zugangsausweise zum Parlamentsgebäude. Diese Ausweise ermöglichen den dauerhaften Zugang zu den geschützten Bereichen des Gebäudes, einschliesslich der Lobbys der Kammern.

Bekannte Fälle von (direkten/indirekten) Verbindungen zur Tabakindustrie:

[Hannes Germann](#) ist seit September 2002 Mitglied des Ständerats und vertritt die Schweizerische Volkspartei (SVP), eine nationalkonservative, rechtspopulistische Partei in der Schweiz. Ein weiterer [Artikel](#) der Republik zeigte, dass das Netzwerk der Tabakindustrie im National- und Ständerat gross ist. Hannes Germann ist eine Schachfigur in diesem Netzwerk, hat er doch zuvor einen seiner Badges an die [Lobbyistin Renate Hotz](#) verliehen, die [seit 2007 ein Mandat von BAT](#) hat.

Nationalrat [Philippe Nantermod](#) von der FDP/PLR hat Martin [Kuonen](#), Geschäftsführer von [Swiss Cigarette](#), der Frontgruppe der drei Tabakmultis ([BAT, JTI und PMI](#)) in der Schweiz, einen seiner begehrten Zugangsausweise überreicht. Martin Kuonen ist zudem als Tabakexperte in der [Schweizerischen Lauterkeitskommission](#) für Werbung tätig und Direktor des Lobbying-Büros Centre patronal (siehe Indikator I, #3 unten).

Nationalrat [Thomas Hurter](#) von der SVP hat eines seiner Abzeichen an ein anderes Mitglied des Zentrumspatronats, [Philip Kristensen](#), überreicht.

Der Präsident der Kommission für Fairness, Nationalrat [Philipp Kutter](#), der Zürich vertritt und Mitglied der Zentrumspartei ist, ist nicht gerade als begeisterter Befürworter von Tabakkontrollmassnahmen bekannt, da er auch im Komitee gegen die Volksinitiative «Kinder und Jugendliche frei von Tabakwerbung» sass, über die 2022 abgestimmt wurde. Kutter bezeichnete die Initiative als [«unverhältnismässigen Eingriff in die verfassungsmässig garantierte Wirtschafts- und Informationsfreiheit.»](#)

[Alois Gmür](#), Nationalrat bis Dezember 2023, Vertreter des Kantons Schwyz und Mitglied der Partei Mitte, war Mitglied der Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik (AWMP)/ Alliance de l'économie pour une l4rganizedl4 modérée, AEMP), die als einer der grössten und loyalsten Verbündeten der Tabakindustrie in der Schweiz gilt. Zu den [Mitgliedern und unterstützenden Organisationen](#) gehören Swiss Cigarette, JTI, Swiss Tobacco, KS/CS und SGV/USAM (siehe Indikator 1, #3).

[Der Tessiner Nationalrat Fabio Regazzi](#) ist Mitglied der Partei Zentrum und nimmt wichtige Funktionen in der Wirtschaft und Politik der Schweiz inne. Er ist Präsident des Schweizerischen Kunstgewerbe-Verbandes (SGV), der wichtigsten Organisation der kleinen und mittleren Unternehmen in der Schweiz. Darüber hinaus ist Regazzi mit AWMP/AEMP verbunden, einer Koalition, die sich für begrenzte regulatorische Massnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit einsetzt, insbesondere in Bezug auf Tabak und Alkohol (siehe Indikator 1, #3).

[Markus Ritter](#), Nationalrat für St. Gallen und Mitglied der Zentrumspartei, hat Francis Egger, Generalsekretär von SwissTabac und Vizedirektor des Schweizerischen Bauernverbandes, einen seiner Parlamentszugangsausweise überreicht. Markus Ritter hat seinen zweiten Zutrittsausweis an Martin Rufer, den Geschäftsführer des Schweizerischen Bauernverbandes, übergeben (siehe Indikator 1, #3).

Auf kantonaler Ebene [Susanne Brunner](#) sitzt für die SVP im Zürcher Gemeinderat und vertritt die [Interessen von PMI seit 2019](#).

Starke, nicht deklarierte Verbindungen zur Tabakindustrie:

[Laurent Favre](#), ein Staatsrat, wird als [Tabaklobbyist](#) beschrieben, der seit [2010](#) offen die Interessen der Tabakindustrie unterstützt. Im Jahr 2012 stimmte das Schweizer Parlament sogar für eine [Motion](#) von Laurent Favre, Tabak von den europäischen Gesundheitsverhandlungen auszuschliessen, um die Produktion von Zigaretten mit hohem Teer- und Nikotingehalt, die in Europa verboten sind, in [der Schweiz für den Export in bestimmte asiatische und afrikanische Länder](#) zu ermöglichen.

[Marcel Dobler](#), seit 2015 Nationalrat für St. Gallen und Mitglied der FDP/PLR, hat die Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabak» offen als [«extrem»](#) und [«unnötig»](#) bezeichnet. Er ist zudem Vizepräsident von digitalswitzerland (siehe Indikator 1, #3).

Ähnlich beschreibt [Damian Müller](#), seit 2015 Vizepräsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit im Ständerat, Luzerner Vertreter von Luzern und Mitglied der FDP/PLR. So bezeichnet Damian Müller die Initiative in zwei Artikeln aus dem Jahr 2022 als [«unnötig»](#). In einem [SRF-Artikel aus dem Jahr 2023](#) meint Damian Müller, dass die Initiative des Bundesrates zum Werbeverbot für Kinder zu weit gehe. In einem [Fernsehinterview](#) nach der Abstimmung verteidigte Müller seine Haltung nicht nur mit den Worten: „Wir wollen die Menschen nicht infantilisieren; wir wollen, dass sie Verantwortung übernehmen«, spielte aber auch die Schwere der tabakbedingten Sterblichkeit herunter, indem er behauptete, es gebe in der Schweiz nur «ein paar hundert» Tabaktote. Und das, obwohl er während des Wahlkampfes immer wieder mit der genauen Zahl konfrontiert worden war. Als der Journalist ihn korrigierte und von fast 10.000 sprach, stellte Müller die Gültigkeit der offiziellen Zahl in Frage und spielte damit die Tabakepidemie wohl wissentlich

herunter. Nachdem er für eine Aufweichung des Gesetzes über Tabakprodukte gekämpft hatte, erklärte er im Fernsehen: «Wir wollen die Menschen nicht infantilisieren; Wir wollen, dass sie Verantwortung übernehmen.» In einem [Podcast aus dem Jahr 2024](#), der vom Schweizer Magazin Beobachter veröffentlicht wurde, gehen Journalisten auf eine weitere Verbindung zur Tabakindustrie ein und erklären, dass ein Kommunikationsmanager von JTI in seinem Unterstützungskomitee für die bevorstehende Wahl anwesend war und Veranstaltungen gesponsert hat, die er als Präsident leitet (siehe Indikator 1, #3).

Diese beiden Arten, wie sich die Tabakindustrie in die Politikgestaltung einmischt, verdeutlichen die vernetzten Netzwerke der Vertreter der Tabakindustrie in den Parlamenten von Bund und Kantonen. Es zeigt die tief verwurzelte Beteiligung der Industrie an der politischen Entscheidungsfindung. Das oft komplexe Geflecht der Wechselwirkungen ermöglicht es der Tabakindustrie, mit wichtigen politischen Akteuren zusammenzuarbeiten, um die öffentliche Gesundheitspolitik zu beeinflussen. Ohne wirksame Massnahmen, die solche Wechselwirkungen oder direkten Einflussnahme verhindern, verschliesst die Regierung im Grunde nicht nur ein Auge, sondern **befürwortet sogar die Beteiligung der Tabakindustrie an der Politikgestaltung**. Solange Personen, die sich für die Interessen der Tabakindustrie einsetzen, wichtige Teile des Parlaments bilden, wird die Schweizer Regierung als Ganzes weiterhin mit der Tabakindustrie zusammenarbeiten, um politische Massnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit festzulegen oder umzusetzen, insbesondere in Bezug auf die Eindämmung des Tabakkonsums.

2. Die Regierung akzeptiert, unterstützt oder billigt politische Massnahmen oder Gesetze, die von der Tabakindustrie oder in Zusammenarbeit mit ihr ausgearbeitet wurden. (Empfehlung 3.4)

5

Das [Bundesvernehmlassungsgesetz](#) verlangt von Bund und Parlament, vor wichtigen Gesetzesvorlagen oder anderen Vorhaben von wesentlicher Tragweite, vor wichtigen Gesetzesvorlagen oder anderen Vorhaben von wesentlicher Tragweite die Stellungnahmen der Kantone, der politischen Parteien und der interessierten Kreise einzuholen (*Vernehmlassungsverfahren*). Formelle Konsultationen sind nicht nur zur öffentlichen Prüfung, sondern auch zur öffentlichen Stellungnahme offen. Der Konsultationsprozess ist transparent gestaltet. Die Listen der eingeladenen und teilnehmenden Kantone, Behörden, Personen und Organisationen, die Protokolle der allfälligen Vernehmlassungen und die Eingaben der Befragten sowie eine unvoreingenommene Zusammenfassung dieser Eingaben werden publiziert und stehen zur Prüfung offen.

Gemäss Artikel 5.3 des FCTC schützen die Vertragsparteien ihre Politik zur Eindämmung des Tabakkonsums im Einklang mit dem nationalen Recht vor kommerziellen und anderen Eigeninteressen der Tabakindustrie. Empfehlung Nr. 2.2 der [WHO-Leitlinien für die Umsetzung von Artikel 5.3](#) sieht vor, dass die Vertragsparteien, wenn Interaktionen mit der Tabakindustrie erforderlich sind, sicherstellen sollten, dass solche Interaktionen transparent und nach Möglichkeit in der Öffentlichkeit durchgeführt werden. Empfehlung 3.4 verlangt ferner, dass die Vertragsparteien keine Unterstützung annehmen, einschliesslich Entwürfe für Rechtsvorschriften oder politische Massnahmen, die von der Tabakindustrie oder in Zusammenarbeit mit ihr ausgearbeitet wurden.

In der Schweiz ist es der Tabakindustrie erlaubt, an öffentlichen Konsultationen teilzunehmen, wie jeder andere Interessenvertreter auch. Das derzeitige Verfahren stellt jedoch sicher, dass eine solche Beteiligung transparent und für die Öffentlichkeit zugänglich bleibt. Obwohl die Schweiz das FCTC noch nicht ratifiziert hat, würde das Konsultationsverfahren sowohl dem Wortlaut als auch dem Geist von Artikel 5.3 entsprechen und der Empfehlung 2.2 der WHO-Leitlinien entsprechen.

Bestimmte Schutzmassnahmen, die die Integrität des Prozesses wahren sollen, werden jedoch von den Behörden bei der Umsetzung entweder unwirksam angewandt oder missachtet, so dass erhebliche Lücken entstehen, durch die die Tabakindustrie den politischen Entscheidungsprozess weiterhin mit Mitteln beeinflussen kann, die weder transparent noch öffentlich sind. Zwei Fälle, die wir identifiziert haben (siehe unten), veranschaulichen diese verborgenen Mechanismen, wobei der zweite Fall im Lichte der Empfehlung 3.4 der WHO-Leitlinien Anlass zur Besorgnis gibt.

Beteiligung der Industrie an der Bundesvernehmlassung zum Verordnungsentwurf zum Tabakerzeugnisgesetz:

Am 12. Oktober 2023 wurde die öffentliche Vernehmlassung zur vorgeschlagenen Verordnung über Tabakerzeugnisse und elektronische Zigaretten zur Umsetzung des Tabakerzeugnisgesetzes vom 1. Oktober 2021 eröffnet. Der Verordnungsvorschlag enthält detaillierte Regeln für die Definition und Einstufung ähnlicher Produkte. Sie enthielt auch spezifische Anforderungen an diese Produkte und ihre Kennzeichnung, wie z. B. die Gestaltung und den Inhalt von gesundheitsbezogenen Warnhinweisen. Darüber hinaus befasste er sich mit der Selbstregulierung der Branche, den Meldepflichten für Produkte und der Verantwortung der Durchsetzungsbehörden bei der Überwachung und Umsetzung der Vorschriften.

An der Konsultation nahmen ein breites Spektrum von Interessengruppen teil. Viele Interessenvertreter aus der Tabak- und E-Zigarettenindustrie wie Swiss Cigarette, Swiss Tobacco, KS/CS und SGV/USAM (siehe Indikator 1, #3 unten) reichten formelle Eingaben ein.

Der [Bericht 2024 über die Ergebnisse der Konsultation](#) bietet einen nützlichen Einblick in die anhaltenden Bemühungen der Akteure der Tabakindustrie, die Form und den Umfang der Vorschriften im Bereich der öffentlichen Gesundheit zu beeinflussen. [Economiesuisse](#) stellte in ihrem Eingabebegleitschreiben fest, dass der Verordnungsentwurf [«unverhältnismässig und in wichtigen Punkten übertrieben» sei](#), und verwies stark auf die Eingaben von Swiss Cigarette und Philip Morris Schweiz. Auch [Promarca](#), ein Verband, der die Interessen der Unternehmen der Konsumgüterbranche in der Schweiz vertritt, greift in seiner Stellungnahme immer wieder die Argumente der Tabakindustrie auf, «unnötige Kosten» zu vermeiden und [an «pragmatischen Regulierungen zu arbeiten, die die Interessen der betroffenen Industrie berücksichtigen»](#). Sie verweisen dann auch noch einmal auf die ausführlichen Stellungnahmen von Swiss Cigarette und Economiesuisse. Der Schweizer Vape-Handelsverband stellt fest, dass «die Regelung unverhältnismässig weit geht».

Wiederkehrende Formulierungen in der Branche:

Artikel 10 des Verordnungsvorschlags regelt die Anforderungen an die in Artikel 17 Absatz 1 des [Tabakgesetzes](#) genannten Produktinformationsblätter. Die Einreichungen zu dieser Bestimmung waren hauptsächlich über den Wert der Verwendung von QR-Codes für die Übermittlung von Produktinformationen geteilt. Industrie- und Wirtschaftsverbände sprachen sich gegen die Aufnahme von obligatorischen Informationsbroschüren aus und behaupteten, dass die Abschaffung von gedruckten Flugblättern und das ausschliessliche Vertrauen auf die Verwendung von QR-Codes die Vermüllung verhindern und die Umwelt schützen würde. Demgegenüber plädierten die Organisationen des öffentlichen Gesundheitswesens und die Kantone für die Beibehaltung der Merkblattpflicht. Sie warnten, dass die ausschliessliche Nutzung von QR-Codes oder anderen digitalen Formaten den Zugang der Verbraucher zu wichtigen Informationen schwächen würde. Die beiden Seiten waren nach wie vor klar gespalten, und es gab keine Überschneidungen zwischen gesundheitsbezogenen Bedenken und umweltbedingten Einwänden.

Die wiederkehrende Verwendung bestimmter Schlüsselwörter und identischer oder ähnlicher Satzstrukturen bestätigt, dass viele der Einreichungen teilweise und manchmal sogar vollständig auf Modelleingaben basierten, die von einigen wenigen nationalen Interessengruppen erstellt wurden. Bei einigen der vorgeschlagenen Bestimmungen gibt es eine klare Trennung zwischen den Standpunkten der Gesundheitsorganisationen auf der einen Seite und den Standpunkten der Akteure der Tabakindustrie auf der anderen Seite. Politische Parteien und Berufsverbände schlossen sich entweder den Positionen der Industrie oder der Befürworter der Gesundheit an. Die Kantone sprachen sich mit überwältigender Mehrheit für Positionen aus, die denen der Organisationen des öffentlichen Gesundheitswesens ähneln.

Im Fall von Artikel 10 der vorgeschlagenen Verordnung über die Produktinformation vertraten zwei Kantone Positionen, die sehr eng mit der Tabakindustrie übereinstimmten, ohne sich auf die Eingaben der Industrie selbst zu beziehen. Bezüglich dieser beiden Bestimmungen standen die Positionen aller anderen teilnehmenden Kantone in direktem Gegensatz zu den Positionen der Industrie. **Dies deutet darauf hin, dass die beiden Kantone Entwürfe für politische Formulierungen aufgenommen haben könnten, die aus den Interessen der Tabakindustrie stammen, ohne deren Quelle offenzulegen.** Beide Kantone sind in ihren Gerichtsbarkeiten stark in der Tabakindustrie präsent.

Dieses Beispiel könnte als Beleg für Aktivitäten lokaler Gebietskörperschaften angesehen werden, die sowohl gegen das Transparenzgebot als auch gegen das implizite Verbot der Annahme von Industriehilfen nach Artikel 5 Absatz 3 verstossen. Da die Schweiz das FCTC noch nicht ratifiziert hat, bleibt eine solche Annahme nach nationalem Recht technisch zulässig. Sobald die Ratifizierung abgeschlossen ist, wäre dies jedoch nicht mehr der Fall, und wir glauben, dass die Schweiz dann gegen ihre vertraglichen Verpflichtungen verstossen würde.

Informelle Beratung zu den technischen Anforderungen an Verkostungszonen im Fachhandel:

Im Rahmen der Vernehmlassung zum Verordnungsentwurf fand eine gesonderte informelle Vernehmlassung zu den Vorschlägen zur Änderung des Gesetzes zum Schutz vor Passivrauchen statt, die in einem Zusatz zum Verordnungsentwurf enthalten sind. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG)

schreibt im [Vernehmlassungsbericht 2024](#), dass die Vernehmlassung darauf abzielte, Stellungnahmen zu den technischen Anforderungen für die geplante Konzession von Degustationszonen von erhitzten Tabakprodukten und E-Zigaretten in Fachgeschäften einzuholen.

Die Liste der eingeladenen Organisationen zeigt, dass alle Kantone über die zuständigen Departemente sowie zwei Organisationen der Tabakindustrie, zwei Wirtschaftsorganisationen sowie zwei Gesundheitsorganisationen eingeladen wurden. Das BAG erklärte, die Liste sei bewusst kurz gehalten worden, da die meisten Gesundheitsorganisationen bereits detaillierte Eingaben zu den vorgeschlagenen Degustationszonen gemacht hätten. Insgesamt wurden 30 Stellungnahmen der kantonalen Regierungen, der Akteure des Tabak- und E-Zigaretten-Sektors (Swiss Cigarette, Swiss Tobacco, PMI, JTI, Economiesuisse, SGV/USAM und Swiss Vape Trade Association) sowie von Gesundheitsorganisationen eingereicht.

Unter dem Absatz mit der Überschrift «Angemessene Belüftung» heisst es in dem Bericht: «2 Wirtschaftsverbände und 5 Tabak-Interessengruppen lehnen die Formulierung ab, dass die Verkostungszone mit einer angemessenen (mechanischen) Belüftung ausgestattet sein muss. Er soll nur ausreichend belüftet werden können.»

Die Branche plädierte für eine weniger strenge Sprache, die es der Branche ermöglichen würde, Investitionen in mechanische Beatmungssysteme zu vermeiden.

Ihr Beitrag zur Funktionalität von Lüftungssystemen mag zwar einen gewissen technischen Wert haben, **schafft aber auch Möglichkeiten für die Industrie, Entscheidungen in einer Weise zu beeinflussen, die den Zielen der öffentlichen Gesundheit zuwiderläuft.** So mag es sinnvoll erscheinen, die Tabakindustrie in die Diskussionen über die Belüftung einzubeziehen, wenn das Ziel darin besteht, sicherzustellen, dass die Systeme den Tabakrauch wirksam reduzieren. Wenn dies jedoch das Ziel war, wirft die Liste der Expertinnen und Experten, die das BAG zur informellen Vernehmlassung eingeladen hat, eine kritische Frage auf: Warum wurden nicht auch unabhängige Expertinnen und Experten für Gesundheit, Sicherheit oder Raumluftqualität konsultiert? Durch den Ausschluss dieser Stimmen **gaben die Regulierungsbehörden der Branche eine wertvolle Gelegenheit, sich für schwächere Lüftungsstandards einzusetzen.** Solche voreingenommenen Auswahlverfahren, ob absichtlich oder unbeabsichtigt, bergen die Gefahr, dass regulatorische Ergebnisse erzielt werden, die den Schutz der öffentlichen Gesundheit untergraben. Im Übrigen handelt es sich nicht um einen Einzelfall, aber es kam zu Eingriffen, die während des gesamten politischen Entscheidungsprozesses auftreten werden.

Dieses Beispiel verdeutlicht das Risiko, nur Vertreter der Tabakindustrie einzuladen, um sich zu technischen Aspekten der Vorschriften, wie z.B. den Anforderungen an die Belüftung, zu äussern.

3. Die Regierung erlaubt bzw. lädt die Tabakindustrie ein, in einem behördenübergreifenden/ multisektoralen Ausschuss/ Beratungsgremium der Regierung zu sitzen, das die öffentliche Gesundheitspolitik festlegt. (Empfehlung 4.8)						5
---	--	--	--	--	--	---

Schweizer Parlamentarierinnen und Parlamentarier werden oft angeboten, in Verwaltungsräten und Beratungsgremien zu sitzen oder als freiberufliche Berater von Unternehmen oder Interessengruppen engagiert zu werden, wofür sie häufig auch eine Vergütung erhalten. Dies ist in der Schweiz nicht nur legal, sondern sogar in das System integriert und wird als wichtiger und legitimer Teil des Gesetzgebungsprozesses angesehen. Gewählte Parlamentsmitglieder sind nur begrenzt verpflichtet, [die von ihnen vertretenen Interessen offenzulegen](#) (z.B. berufliche Tätigkeiten, Mitgliedschaft im Vorstand eines Unternehmens), aber **viele potenzielle Konflikte, wie z.B. bezahlte Beratungsmandate, müssen nicht offengelegt werden.** Diese Intransparenz im Schweizer System wird [von Anti-Lobbying-Organisationen kritisiert](#). Die Perspektive der Tabakindustrie ist daher im politischen Prozess gut vertreten, da es üblich ist, finanziell und politisch relevante Organisationen und Verbände zu Konsultationen über politische Entwürfe einzuladen (wie in Indikator 1, #2 beschrieben).

Zu diesen finanziell und politisch relevanten Gremien gehören multisektorale Gremien, Beratungsgruppen oder Unternehmensgewerkschaften, in denen sie politische und lobbyistische Ziele festlegen. Die Regierungen auf allen Ebenen werden sich regelmässig und direkt mit ihnen in politischen Fragen austauschen.

Überblick über relevante Stakeholder mit Verbindungen zur Tabakindustrie:

Swiss Cigarette

[Swiss Cigarette](#) ist eine Frontgruppe der Tabakindustrie, die die Interessen der «grossen Drei» PMI, BAT und JTI in der Schweiz vertritt. Zu den [Zielen ihres Verbandes](#) gehört nach Angaben der Gruppe, dass sie darauf abzielt, die Rechte und Interessen der freien Produktion, Vermarktung und Kommunikation von Produkten an erwachsene Verbraucher zu schützen und gleichzeitig Werbe- und Verkaufsförderungsvorschriften für verantwortungsvolles Marketing zu entwickeln und zu überwachen. Geschäftsführer ist der Tabaklobbyist [Martin Kuonen](#).

Schweizerische Tabakhandelsverband

Der Schweizerische Tabakhandelsverband (auch [Swiss Tobacco](#) genannt) ist ein gut vernetzter Akteur der Branche, dessen [amtlicher Präsident SVP-Nationalrat Gregor Rutz](#) ist. Der Verband dient als Dachorganisation der Gross- und Detailhandelsunternehmen der Schweizer Tabakbranche. Zu den 25 Mitgliedern und angeschlossenen Verbänden gehören das traditionsreiche Schweizer Zigarrenunternehmen Oettinger Davidoff sowie die Swiss Retail Federation, ein Schwergewicht in der Retail-Lobby.

SwissTabac:

Es wurde auch festgestellt, dass die Regierung sich mit [SwissTabac](#), dem Dachverband der Tabakbauern des Landes, zusammensetzt und sich von ihm beraten lässt. Die Organisation ist verantwortlich für die Organisation der Tabakproduktion in der Schweiz sowie für den Berufsschutz

ihrer Mitglieder. Präsident ist Fabrice Bersier, ebenfalls Teil der Fenaco (siehe unten). Generalsekretär des Verwaltungsrats von SwissTabac ist Francis Egger, der bis 2025 auch Vizedirektor des Schweizerischen Bauernverbandes war, sowie als [Mitglied des Agrarforschungsrats](#) gelistet ist, einer Beratungsstelle des Bundesamtes für Landwirtschaft, die wiederum dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement unterstellt ist. Bildung und Forschung. Auch Francis Egger wurde [von Nationalrat Markus Ritter ins Parlament eingeladen](#). Der Einfluss von SwissTabac auf die Tabakkontrollpolitik wird durch diese enge Partnerschaft mit staatlichen Stellen verstärkt (wie in Indikator 1, #2 zu sehen ist).

SGV/USAM:

Der [Schweizerische Gewerbeverband](#) (SGV/Union des arts et métiers USAM) ist seit Jahrzehnten der grösste und loyalste Verbündete der Tabakindustrie in der Schweiz und ihr politischer Arm, um in die schweizerische Gesundheitspolitik einzugreifen. Der Präsident, der Vizepräsident und mehrere Vorstandsmitglieder sind [Mitglieder des Parlaments](#). Sie führen Swiss Cigarette als eines ihrer [Mitglieder](#) auf.

AWMP/AEPM:

Im Jahr 2008 gründete die SGV/USAM die Allianz der Wirtschaftszirkel für eine moderate Präventionspolitik ([AWMP/AEPM](#)) «als Reaktion auf die neuen Programme des BAG zu Tabak, Gesundheit und Ernährung». Zu den [aktiven Mitgliedern](#) des Bündnisses gehören JTI, Swiss Tobacco, KS/CS und SGV, zu den fördernden Mitgliedern gehören Swiss Cigarette und die IG Freiheit. AWMP/AEPM hat [sich konsequent gegen strengere Werbevorschriften eingesetzt](#) und insbesondere eine führende Rolle bei der Kampagne gegen die Initiative «Kinder ohne Tabak» gespielt. Sie koordinierte ein Netzwerk von Wirtschaftsakteuren, um branchennahe Botschaften zu verbreiten und Argumente zur Verteidigung der Tabakwerbung zu verstärken, während die direkten Interessen der Tabakunternehmen verschleiert wurden. Die AEPM bezeichnete die Initiative als [Eingriff in die wirtschaftlichen Freiheiten](#) und ignorierte den Fokus auf den Schutz der Jugend. Trotz der indirekten finanziellen Unterstützung durch grosse Tabakkonzerne (wie in der Presse wie [Le Temps und RTS berichtet](#)) gelang es der AEPM nicht, die Genehmigung der Initiative zu verhindern, und seitdem ist die Website der [«Nein»-Kampagne](#) leer. AEPM arbeitet oft diskret, wenn nicht sogar verdeckt. Daher fehlen uns direkte Beweise wie E-Mails oder Briefe an rechte Parlamentarier, mit denen sie verbündet ist. AEPM-Direktor Mikael Huber hat sich jedoch gelegentlich öffentlich zu Wort gemeldet. Nach dem Erfolg der Initiative «Kinder ohne Tabak», die die AEPM vehement abgelehnt hatte, veröffentlichte er einen [Artikel](#), in dem er behauptete, das Bündnis werde sich verstärkt für eine «moderate» Prävention einsetzen. In dieser Sichtweise beruht die Prävention allein auf der Verantwortung des Einzelnen, und jeder staatliche Eingriff wird als übertrieben angesehen.

IG Freiheit:

[Die IG Freiheit](#) ist ein marktwirtschaftlicher Think Tank [unter dem Vorsitz des Präsidenten von Swiss Tobacco, Gregor Rutz](#), und dessen Vorstandsmitglieder fast ausschliesslich aktuelle oder ehemalige Mitglieder des Schweizer Parlaments sind. Die IG Freiheit wurde im September 2006 von einer Gruppe von Unternehmern und Politikern gegründet. Auf ihrer «Über uns»-Seite heisst es, dass sie «für die bürgerlichen Freiheiten der Bürger und gegen den Erlass unnötiger staatlicher Regulierungen eintreten».

KS/CS:

[KS/CS Communication Switzerland](#) ist der Dachverband für kommerzielle Kommunikation in der Schweiz. Sie geben an, dass ihr Fokus auf der Bundespolitik liegt, und beteiligen sich an der Entwicklung der Werbepolitik in den Kantonen und Gemeinden. Zu ihren Premium-Partnern zählen JTI, PMI und BAT. In ihrer [Stellungnahme von 2022](#) zum Konsultationsentwurf zur Teilrevision des Tabakgesetzes zeigten sie ihre Unterstützung für die Tabakindustrie. Sie hielten fest, dass sich der Verordnungsentwurf «auf eine angemessene, verfassungskonforme Umsetzung der Volksinitiative «Ja zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Tabakwerbung» beschränken solle. KS/CS Communication Switzerland [lehnt jede weitere Regulierung ab.](#)» Sie organisieren häufig Veranstaltungen zwischen ihren Partnern und Parlamentariern (siehe Indikator 5, #11).

Premiumpartner

Premium-Partner von KS/CS setzen sich ausserordentlich und gemeinschaftlich für die kommerzielle Kommunikation in der Schweiz ein. Mit ihrem Engagement kann sich KS/CS vertieft in aktuelle Themen einbringen und Argumentarien erarbeiten, die der politischen Auseinandersetzung die und dem Erreichen der Ziele von KS/CS dient. Premium-Partner haben Einsitz ins Regulation Committee vom KS/CS sowie im Schweizerischen Kommunikationsrat. Sie werden zu besonderen Anlässen eingeladen.



Die fenaco:

[Die fenaco](#) ist ein landwirtschaftlicher Genossenschaftsverband in der Schweiz. Sie werden von 19 Vorstandsmitgliedern geleitet, darunter Fabrice Bersier, Präsident von SwissTabac, Johanna Gapany, derzeit Ständerat (die 2024 Nationalrat Leo Müller ablöste), und Pierre-André Geiser, bisher im Rat von Bern, sowie Martin Schori, Gemeinderat von Radelfingen. Im [Geschäftsbericht 2023 der fenaco](#) heisst es, dass die Verwaltungsräte unter anderem monatliche Sitzungen abhalten, in denen sie «Entscheidungen über Geschäfte, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen», treffen.

Schweizerischer Bauernverband:

Der [Schweizerische Bauernverband](#) (*Union Suisse des paysans, USP*) ist der Dachverband der Schweizer Landwirtschaft. Der Verband setzt sich aus Vertretern von 25 kantonalen Bauernverbänden und verschiedenen Berufsverbänden zusammen. Zu den Partnerorganisationen gehören SwissTabac und Fenaco. Darüber hinaus war Francis Egger bis 2025 Vizedirektor und wird auch heute noch als solcher auf der [Website](#) angezeigt. Egger war beispielsweise für die Stellungnahme des USP [2022](#) als Reaktion auf die Teilrevision des Tabakproduktegesetzes verantwortlich und verwendete ähnliche Formulierungen wie die Interessenvertreter der Auftragsindustrie. Als Reaktion auf die Initiative „Kinder frei vom Tabak“ stellt USP fest, dass ein vollständiges Verbot von Tabakwerbung „zu weit geht“ und „die verfassungsmässig garantierte Wirtschafts- und Handelsfreiheit verletzt“.

digitalswitzerland

[digitalswitzerland](#) ist eine schweizweite, branchenübergreifende Initiative mit mehr als 240 Verbandsmitgliedern. Nationalrat Marcel Dobler sowie mehrere Nationalräte und Vertreterinnen und Vertreter der Schweizer Hochschulen gehören dem [Exekutiv- und Lenkungsausschuss an](#). Zu den zahlreichen [Mitgliedern](#) gehören die PMI, die Fenaco sowie die Stadt Zürich und mehrere Schweizer Universitäten.

Promarca:

[Promarca](#) ist ein Verband, der die Interessen der Unternehmen der Konsumgüterbranche in der Schweiz vertritt. JTI ist sowohl unter ihren [Mitgliedern](#) als auch in ihren [Kommunikations- und](#)

[Nachhaltigkeitskommissionen vertreten](#). Im Jahr 2024 gehörte JTI zu den [Top 5 der Nachhaltigkeitspreise von Promarca](#). Um ihr Netzwerk und ihre Unterstützung für die Interessen der Tabakindustrie zu unterstreichen, hat Promarca in der Vergangenheit den General Manager von JUUL Labs, [Jonathan Green](#), als Redner eingeladen und ist Mitglied der Commission of Fairness und von KS/CS.

Luga:

Damian Müller ist [Präsident des Patronatskomitees der Luga](#), einer jährlich in der Zentralschweiz stattfindenden Frühjahrsmesse. [JTI](#) und [Philip Morris Schweiz](#) sind als Aussteller an der Messe gelistet. Seit 2024 [sind 16 der 31 gelisteten Patronatsmitglieder National- oder Staatsräte](#).

Economiesuisse:

[Economiesuisse](#), der Verband der Schweizer Wirtschaft, setzt sich dafür ein, «den Wirtschaftsstandort Schweiz als starken Wirtschaftsstandort [...] auf der Grundlage liberaler [marktwirtschaftlicher Prinzipien](#). Ihre Arbeit liegt hauptsächlich in der [Beeinflussung der Politik](#), wobei sie unterschiedliche Ansätze entlang des gesamten politischen Zyklus in der Schweiz anwenden, einschliesslich Public Affairs, Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying. In der Organisation von Economiesuisse werden die komplexen Partnerschaften zwischen der Regierung und der Tabakindustrie am deutlichsten. Wichtige Persönlichkeiten der Tabakindustrie sitzen im Vorstand von [Economiesuisse](#):

- [Kevin Suter](#), Director Corporate Affairs & Communications **JTI** und Vertreter von **Swiss Cigarette** (bis 2025)
- [François Thönen](#), Direktor External Affairs, Mitglied des Vorstands **PMI**

Neben den Parlamentarierinnen und Parlamentariern:

- [Magdalena Martullo-Blocher](#), Nationalrätin (Graubünden, SVP)
- [Marcel Dobler](#), Nationalrat (St. Gallen, FDP/PLR) (siehe Indikator I, #1), auch Vizepräsident von digitalswitzerland
- [Simon Michel](#), Nationalrat (Solothurn, FDP/PLR)
- [Elisabeth Schneider-Schneiter](#), Nationalrätin (Basel-Landschaft, Das Zentrum)

Wenn man im [Geschäftsführenden Direktorenausschuss](#) von Economiesuisse sitzt, findet man:

- Martin Kuonen, Direktor von **Swiss Cigarette**, der auch über einen Lobbying-Zugangsausweis zum Schweizer Parlament verfügt (siehe Indikator I, #1)
- Florian Némethi, Industrie- und Handelskammer Neuenburg (CNCI)

Centre Patronal

Martin Kuonen ist zudem als Direktor der Deutschschweizer Niederlassung der politischen Lobbygruppe [Centre Patronal Suisse tätig](#). Swiss Cigarette ist auch auf der Website des Centre Patronal als einer der Verbände aufgeführt, denen [sie dienen](#) – natürlich, denn Martin Kuonen ist auch der Geschäftsführer von Swiss Cigarette. In ihrem [Jahresbericht 2023](#) gibt das Centre Patronal weiter an, dass es in zahlreichen Gremien vertreten ist, darunter in zahlreichen kantonalen Kommissionen des Kantons Waadt. In einem [Artikel von Martin Kuonen aus dem Jahr 2022 auf der Website des Centre Patronal](#) kritisiert er den Entwurf der Volksinitiative «Kinder ohne Tabak» und prangert ein umfassendes Verbot von Tabakwerbung an.

Economiesuisse ist ein Paradebeispiel dafür, wie hochrangige Regierungsbeamte und Vertreter der Tabakindustrie in denselben Entscheidungsgremien zusammenarbeiten. Noch wichtiger ist, dass diese Liste von Interessengruppen das **komplizierte Netzwerk von Verbindungen zwischen staatlichen Stellen, Vertretern der Tabakindustrie und Beratungsgruppen in der Schweiz hervorhebt**. Es wird deutlich, dass dieselben Industrievertreter in mehreren Frontgruppen oder Beratungsgremien auftreten. So wurden mehrere Akteure, die zunächst als unabhängig wahrgenommen wurden, tatsächlich von den gleichen, wiederkehrenden Lobbyisten oder Parlamentariern infiltriert, die die Tabakindustrie konsequent unterstützen.

4. Die Regierung nominiert oder lässt Vertreter der Tabakindustrie (einschliesslich der staatseigenen) in der Delegation zur COP oder anderen Nebenorganen zu oder übernimmt deren Sponsoring für die Delegierten. (d.h. COP 4 & 5, INB 4 5, WG)⁵ (Empfehlung 4.9 & 8.3) Für das Nicht-COP-Jahr folgen Sie dem vorherigen Ergebnis des COP-Jahres.

0						
---	--	--	--	--	--	--

Uns ist nicht bekannt, dass Personen mit Verbindungen zur Tabakindustrie von der Schweizer Regierung zur Schweizer Delegation an der COP eingeladen wurden.

INDIKATOR 2: CSR-Aktivitäten der Branche

5. A. Regierungsbehörden oder ihre Beamten befürworten, unterstützen, bilden Partnerschaften mit der Tabakindustrie oder beteiligen sich an **Aktivitäten der Tabakindustrie, die als sozial verantwortlich bezeichnet werden. Zum Beispiel Umweltprogramme. (Empfehlung 6.2)**

B. Die Regierung (ihre Behörden und Beamten) erhält CSR-Beiträge⁶ (monetär oder anderweitig, einschliesslich CSR-Beiträge) von der Tabakindustrie oder von Personen, die ihre Interessen fördern (z.B. politische, soziale, finanzielle, bildungsbezogene, gemeinschaftliche oder andere Beiträge (Empfehlung 6.4), einschliesslich Umwelt- oder EPR-Aktivitäten (COP10 Dec).

HINWEIS: Durchsetzungsmassnahmen ausschliessen, da dies in einer anderen Frage behandelt wird

						5
--	--	--	--	--	--	---

A. Partnerschaften zur sozialen Verantwortung und staatliche Beteiligung

⁵ Bitte fügen Sie eine Liste seit 2009 bei, damit der Befragte die Häufigkeit quantifizieren kann., <http://www.who.int/fctc/cop/en/>

⁶ politische, soziale, finanzielle, allgemeine, gemeinschaftliche, technische Fachkenntnisse oder Schulungen zur Bekämpfung von Schmuggel oder andere Formen von Beiträgen

Gemäss dem WHO FCTC, das die Schweiz noch nicht ratifiziert hat, gelten CSR-Aktivitäten der Tabakindustrie als eine Form der Tabakwerbung, -förderung und des Sponsorings, die darauf abzielt, das Image der Branche zu verbessern. Daher verlangt Artikel 13 des WHO-Rahmenübereinkommens ein umfassendes Verbot der Tabakwerbung, einschliesslich CSR-Aktivitäten der Tabakindustrie.

Der Schweizer Regierung fehlt nach wie vor eine klare Richtlinie, die es ihren Departementen verbietet, Partnerschaften mit der Tabakindustrie einzugehen oder sich von ihr zu finanzieren. Wie der [Swiss Tobacco Industry Interference Index 2023 dokumentiert](#), öffnet diese Regulierungslücke die Tür für den Einfluss der Tabakindustrie in verschiedenen Bundesbehörden.

IGSU Clean-Up Partnership, BAFU und JTI

Die [Interessengemeinschaft für eine saubere Umwelt \(IGSU\)](#), die sich selbst als Schweizerisches Kompetenzzentrum gegen Littering bezeichnet, wurde 2007 gegründet und fördert die persönliche Verantwortung rund um das Thema Littering. Die Flaggschiff-Kampagne, der nationale *Clean-Up-Day*, wird vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) als «[institutioneller Partner](#)» [unterstützt](#). Diese Zusammenarbeit zwischen dem BAFU und der IGSU besteht bereits seit Jahren. Auf der [Website des BAFU](#) zum Thema Plastik werden Zigarettenstummel nicht erwähnt, obwohl sie der häufigste Einwegartikel sind. Zu den weiteren börsennotierten Partnern der IGSU gehören [JTI](#) und [Coop](#), eine grosse Einzelhandelskette, die Tabakprodukte verkauft. In einer [Medienmitteilung aus dem Jahr 2024](#) bekräftigt die IGSU, dass sie vom BAFU unterstützt wird, verzichtet aber darauf, JTI als Partner zu erwähnen.

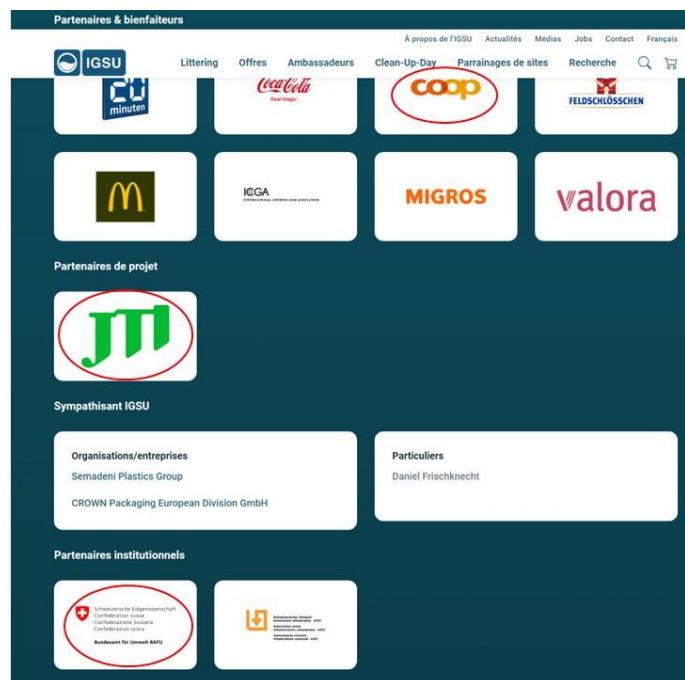


Bild: Screenshot der IG SU-Partner, eingekreist sind JTI, COOP und das BAFU

Für den [Clean-Up-Day im September 2024](#) führte die IGSU Aufklärungskampagnen mit Plakaten und Strasseninstallationen durch, die die Menschen dazu aufforderten, ihren Abfall ordnungsgemäss zu entsorgen. Passanten waren eingeladen, eine Tafel zu unterschreiben, auf der stand: «Damit der Müll nicht auf dem Boden liegen bleibt, werfen wir unseren Müll in die Tonne.»



Bild: Eine Passantin, die am nationalen Clean-Up Day im Jahr 2024 einen Kommentar auf den IGSU-Vorstand schreibt, wobei nur das Logo von JTI neben dem eigenen Logo der IGSU (rot eingekreist) zu sehen ist.

Gemeinsam gegen Zigaretten-Littering – das BAFU und die Tabakindustrie

Unterdessen veröffentlichte die französischsprachige Zeitung *Le Temps* im Jahr 2024 einen Artikel mit dem Titel «[Zigarettenstummel in der Natur: Bern überlässt bei seinen Roundtables vor allem Tabakherstellern das Wort](#)». In dem Artikel äusserten sie Bedenken hinsichtlich des Ansatzes des BAFU zur Bekämpfung der Verschmutzung von Zigarettenkippen. Dem BAFU wird vorgeworfen, dass es an Neutralität mangelt, indem es vor allem Vertreter der Tabakindustrie in wiederkehrende Roundtable-Diskussionen einbezieht, sowie die Beratung mit Branchenverpartnern [Ecoplan](#), während wichtige Akteure aus dem Gesundheits- und Umweltbereich ausgeschlossen werden. Diese Treffen wurden nicht öffentlich bekannt gegeben und erst aufgrund eines Informationsfreiheitsersuchens von AT Schweiz zugänglich. In ihrem im September 2024 veröffentlichten Greenwashing-Report «[Green Coat, Same Stain](#)» enthüllt AT Schweiz die Teilnehmenden der Roundtable-Treffen.

Dies wurde bereits im letzten Länderbericht zum GTI angedeutet, und seither gibt es keine verbindlichen Ergebnisse aus dem Fiasco der BAFU-Roundtables, dass die politische Stagnation der Schweiz aufzeigt. Schlimmer noch: Das BAFU hat die Zusammenarbeit fortgesetzt und das Projekt «[Gemeinsam gegen Zigaretten-Littering](#)» lanciert, an dem eine lange Liste von Akteuren, Lobbygruppen und Verbündeten der Branche beteiligt ist, darunter BVT, JTI, PMI, IGSU, Bauernverband, Swiss Cigarette, Swiss Retail Federation und Swiss Tobacco.

Unternehmen / Verbände / Kanton	Name	Vorname
British American Tobacco (BAT)	[REDACTED]	[REDACTED]
Interessengemeinschaft Saubere Umwelt (IGSU)	[REDACTED]	[REDACTED]
Japan Tobacco International (JTI)	[REDACTED]	[REDACTED]
Kanton Basel-Stadt, Abteilung Abfall und Rohstoffe	[REDACTED]	[REDACTED]
Philip Morris International (PMI)	[REDACTED]	[REDACTED]
Schweizerischer Bauernverband (SBV)	[REDACTED]	[REDACTED]
Schweizerischer Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI)	[REDACTED]	[REDACTED]
Swiss Cigarette	[REDACTED]	[REDACTED]
Vereinigung des Schweizerischen Tabakwarenhandels	[REDACTED]	[REDACTED]

Bild: Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Roundtables 2022 zum Thema Zigarettenmüll. Gelb markiert sind direkte Vertreter der Tabakindustrie, blau sind Pro-Tabak-Lobbygruppen und violett sind Teilnehmer, die von Tabakkonzernen finanziert werden oder direkte Verbindungen zu ihnen haben.

Nuit de l'industrie

[Die Nuit de l'industrie](#) ist ein von der Industrie- und Handelskammer Neuenburg (CNCI) organisiertes Konzept, bei dem die Teilnehmer Führungen durch verschiedene Unternehmen in drei Regionen des Kantons erhalten können. Als Teil ihrer [2025-Partner](#) finden Sie Philip Morris. Kein Wunder, wenn man bedenkt, dass sich der Hauptsitz, das Forschungszentrum und die Fabrik von PMI in Neuchâtel befinden. Zudem sitzt Florian Néméti vom CNCI zusammen mit Martin Kuonen im Vorstand des Geschäftsführers von Economiesuisse (siehe Indikator 1, #3).

CSR-Aktivitäten von Japan Tobacco International im Fokus

JTI engagiert sich stark in anderen CSR-Aktivitäten in der ganzen Schweiz, von denen viele kulturelle oder soziale Institutionen einbeziehen, die mit Bundes- oder kantonalen Stellen verbunden sind.

Orchestre de la Suisse Romande

Das [Orchestre de la Suisse Romande](#) ist eine private Stiftung, die primär von der Stadt Genf, dem Kanton Waadt sowie dem Kanton Genf getragen wird, der auch im Stiftungsrat vertreten ist. JTI ist als [institutioneller Partner](#) gelistet.

Grand Théâtre de Genève

Das [Grand Théâtre de Genève](#) gilt als die grösste Kunstbühne der Schweiz. Sie werden von der [Stiftung](#) des Grand Théâtre de Genève in Form einer kommunalen Stiftung des öffentlichen Dienstes verwaltet. Sie werden hauptsächlich von der Stadt Genf finanziert, wobei ein Verwaltungsrat vom Gemeinderat und dem Exekutivrat der Stadt Genf ernannt wird. 7 der Vorstände sind Mitglieder des Gemeinderats. Sie nehmen JTI unter ihren [«Grand Patrons»](#) auf.

Museum für moderne und zeitgenössische Kunst (MAMCO), Genf

Auf ihrer [Website](#) gibt MAMCO an, dass es sich um eine öffentliche Stiftung handelt, die von der Stiftung MAMCO sowie dem Kanton und der Stadt Genf beaufsichtigt wird. Sie zählen [JTI zu ihren Hauptsponsoren](#). Zu den [Mitbegründern](#) der MAMCO Foundation zählt [Pierre de Labouchère](#), der von 1999 bis 2013 Präsident und CEO von JTI war.

Sponsors principaux

FONDATION
MAMCO



SUBVENTIONNEE
PAR LA
VILLE DE GENEVE

FONDATION
LEENAARDS

FONDATION VRM



Bild: Screenshot der Hauptsponsoren von MAMCO, darunter JTI mit dem Kanton und der Stadt Genf.

Kunstmuseum Luzern

Das Kunstmuseum Luzern zählt den Kanton und die Stadt Luzern zu seinen [Partnern, das JTI zu den Sponsoren](#).

Zurich Film Festival

Das [Zurich Film Festival](#), das seit 2005 jährlich in Zürich stattfindet, gilt als prestigeträchtiges Ereignis in der europäischen Filmbranche. Es wird unterstützt von Institutionen des Bundes und der Kantone, wie dem Bundesamt für Kultur, dem Kulturdepartement Zürich und der Stadt Zürich. Auch das JTI ist als [Kooperationspartner](#) des Festivals aufgeführt.

Supported by



MEDIA DESK
SUISSE

BAUGARTEN ZÜRICH
GENOSSENSCHAFT UND STIFTUNG

Cooperation Partner



Bild: Screenshots von Unterstützerinnen und Unterstützern von Bund und Kantonen sowie Kooperationspartnern des Zurich Film Festival, darunter JTI.

Lucerne Dialogue

Lucerne Dialogue ist eine Initiative, die Wirtschaftskonferenzen organisiert. JTI ist auf ihrer Webseite als [Premium-Mitglied](#) aufgeführt. Zu den [Partnern zählt](#) der Lucerne Dialogue verschiedene staatliche Akteure, darunter das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), der Kanton Luzern, die Stadt Luzern, der Kanton Zug sowie verschiedene Patronatskantone wie Aargau, Bern, Graubünden, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, St. Gallen, Uri, Valais und Zürich. Am Europäischen Wirtschaftsforum 2025, das Lucerne Dialogue organisiert, ist sogar [Bundesrat Ignazio Cassis als Referent dabei](#). Er steht dem EDA vor und war bereits in einen

[nationalen Skandal verwickelt](#), bei dem das EDA zustimmte, PMI als Sponsor für den Stand der Schweizer Dubai Expo 2020 zuzulassen.

Obwohl das jüngste Tabakproduktegesetz, das im Oktober 2024 in Kraft getreten ist, der Tabakindustrie ausdrücklich verbietet, Veranstaltungen und Aktivitäten des Bundes und anderer Bundesbehörden zu sponsern, wurden wichtige Kultur- und Museumssponsorings fortgesetzt. Alle diese Kulturakteure haben eine Kombination aus Bundes-, Kantons- und/oder Stadträten als Partner oder Schirmherren. **Dies zeigt die fadenscheinige Durchsetzung der Gesetze und die fortgesetzte Legitimierung von Partnerschaften mit der Tabakindustrie unter dem Deckmantel der sozialen Verantwortung der Unternehmen.**

INDIKATOR 3: Vorteile für die Tabakindustrie

C. Die Regierung kommt den Forderungen der Tabakindustrie nach einem längeren Zeitrahmen für die Umsetzung oder Verschiebung des Tabakkontrollgesetzes nach. (z.B. sind 180 Tage üblich für PHW, Steuererhöhung kann innerhalb von 1 Monat umgesetzt werden) (Empfehlung 7.1)

5

Die Schweiz hat das WHO-Rahmenübereinkommen nicht ratifiziert, was der Tabakindustrie sehr zugute gekommen ist, da minimale und nicht umfassende Bundesgesetze zur Tabakkontrolle als Spielwiese für die Industrie dienen.

In zwei Fällen enthüllen von Swiss Tobacco veröffentlichte Dokumente behördliche Anträge und die Erwähnung entsprechender Vorkehrungen für eine Verlängerung der Fristen für die Umsetzung der Tabakregulierung. Dazu gehören ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten im Kanton Wallis und ein Verbot des Verkaufs von Einweg-E-Zigaretten und anderen Nikotinprodukten an Minderjährige im Kanton Waadt. [Ein Brief war an den Gesundheitsminister des Kantons Wallis gerichtet](#) Und die [anderes Schreiben an die Waadtländer Handelspolizei](#).

D. Die Regierung gewährt der Tabakindustrie Privilegien, Anreize, Steuerbefreiungen, Subventionen, finanzielle Anreize oder Vergünstigungen (Empfehlung 7.3)

5

Schweizer Tabakbauern erhalten finanzielle Unterstützung

Im Jahr 2024 bauten laut SwissTabac [114 Schweizer Bäuerinnen und Bauern auf rund 366 Hektaren Tabak an](#). Wie in früheren Länderberichten des Swiss Tobacco Index beschrieben, hat die Schweizer Regierung ein Subventionssystem eingeführt, das an die Schweizer Tabaksteuer gekoppelt ist. Da es sich bei Tabak um eine arbeitsintensive tropische Kulturpflanze handelt, die für das Klima der Schweiz schlecht geeignet ist, ist ein Anbau ohne Unterstützung wirtschaftlich nicht rentabel. Damit

erhalten die Schweizer Bäuerinnen und Bauern rund [40'000 Franken pro Hektar angebaute Tabaks](#)⁷ aus dem Finanzierungsfonds Inlandtabak. Eine [zweckgebundene Tabakabgabe](#), die genau der Abgabe entspricht, die den Schweizerischen Fonds für Tabakfinanzierung unterstützt, fliesst in den Fonds zur Tabakprävention, der zur Finanzierung von Projekten zur Tabakprävention geschaffen wurde. Im Zentrum dieses Subventionssystems steht die Einkaufsgenossenschaft für Inlandtabak (SOTA), die dem Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit ([BAZG](#)) untersteht. [Jedes Jahr kauft SOTA die gesamte Schweizer Tabakernte](#) direkt von den Bauern und verkauft sie an die drei grossen Zigarettenhersteller des Landes, PMI, BAT und JTI. Der Tabakanbau in der Schweiz ist deshalb nur durch ein ausgeklügeltes Subventionssystem möglich, das der Bund etabliert hat.

So [hätten die Schweizer Tabakbauern zwischen 2015 und 2020 mehr als 29 Millionen Franken \(32 Millionen US-Dollar\) an Subventionen erhalten, um den Tabakanbau aufrechtzuerhalten.](#)

Der langsame Rückgang der Tabakbauern in der Schweiz von 357 im Jahr 2001 (–68%) auf 114 im Jahr 2024 trotz erheblicher finanzieller Subventionen beweist, dass der Tabakanbau in der Schweiz auf Dauer nicht rentabel ist. Selbst der ehemalige Generalsekretär und heutige technische Direktor der SOTA, [Gernot-Viktor Alber](#), erklärte: Nichtsdestotrotz behaupten die Befürworter des Subventionssystems, dass der Tabakanbau «eine alte Schweizer Tradition» sei, die öffentliche Unterstützung verdiene. So lässt die Regierung weiterhin die Bereitstellung von 40'000 CHF pro Hektar Tabak zu, um 114 Tabakbauern zu retten, während sie dieses Geld besser einsetzen könnte, um ihre Bevölkerung vor den Schäden des Rauchens zu schützen.

Mit anderen Worten, **die Regierung unterstützt über die SOTA direkt mit Steuergeldern eine Industrie, deren Produkte zu den wichtigsten Ursachen für nicht übertragbare Krankheiten, verminderte Lebensqualität und vorzeitige Sterblichkeit gehören.** In gewisser Weise unterstützt die Regierung diese Tabakprodukte auch selbst.

Internationale Unternehmen erhalten oft staatliche Steuerermässigungen, entweder generell oder für einen anfänglichen Zeitraum von einigen Jahren. Es ist nicht bekannt, ob die transnationalen Unternehmen PMI, JTI oder BAT solche Steuerermässigungen erhalten, und es ist auch nicht bekannt, wie viel Steuern sie an die Kantone (Staaten) zahlen, die sie belagern.

Tabakgiganten in der Liste der Investitionen des staatlichen Pensionsfonds

Wie im Schweizer Bericht 2023 für den Global Tobacco Index beschrieben, sind Tabakgiganten wie BAT, JTI und PMI unter den Anlagen der staatlichen Pensionskasse [AHV \(AHV\) aufgeführt](#), die von der Bundesinstitution [Compenswiss verwaltet wird](#). Trotz anhaltender öffentlicher Forderungen nach ethischen Anlagepraktiken, unter anderem von Claudia Künzli von der Schweizerischen Lungenvereinigung, sowie einer Motion von Nationalrätin Ursula Schneider Schüttel, solche Investitionen zu stoppen, hat sich der [Bundesrat geweigert zu handeln](#), da es nicht in seiner Zuständigkeit liege, Anlageentscheide zu diktieren. Sowohl Compenswiss als auch Publica, ein weiterer öffentlicher Pensionsfonds, haben ihre Investitionen verteidigt, indem sie sich auf die Legalität von Tabakprodukten berufen und behaupten, dass Finanzinvestoren sich nicht mit sozialen Problemen befassen sollten. Und das, obwohl die Tabakindustrie in verschiedenen Ländern die Menschenrechte (Kinderarbeit, Arbeitsbedingungen, schlechte Bezahlung etc.) verletzt und

⁷ Ca. 43.000 € oder 50.000 USD (Wechselkurs Juli 2025)

grundsätzlich nicht nachhaltig ist. Es ist diese tief verwurzelte Unterstützung der Tabakindustrie in der Schweiz, die einer adäquaten Tabakkontrollpolitik im Wege steht. Akteure wie Compenswiss und Publica tragen zur Normalisierung des Tabakkonsums in der Bevölkerung bei. Die Menschen wenden sich von den wirklichen Schäden ab, die von der Industrie angerichtet werden, und die Tabakkonzerne selbst werden als legitime Stimmen angesehen, die gehört werden müssen, wenn es um Gesundheits-, Handels- und andere Politiken geht. Diese beiden Phänomene schaden der öffentlichen Gesundheit. Ein Beispiel, das sich stark von der Schweiz abhebt: Norwegens staatliche Pensionskasse [schliesst seit 2010 aus ethischen Gründen Investitionen in die Tabakindustrie aus](#).

INDIKATOR 4: Formen unnötiger Interaktionen

E. Hochrangige Regierungsbeamte (wie z.B. Präsident/Premierminister oder Minister⁸) treffen sich mit den Tabakunternehmen und pflegen Beziehungen zu ihnen, z.B. durch die Teilnahme an gesellschaftlichen Veranstaltungen und anderen Veranstaltungen, die von den Tabakunternehmen oder denjenigen, die ihre Interessen fördern, gesponsert oder organisiert werden. (Empfehlung 2.1)

5

Hier verweisen wir auf die Verschmelzung zwischen Parlamentariern und der Tabakindustrie sowie ihren Verbänden (siehe oben).

Zahlreiche hochrangige Regierungsbeamte treffen sich mit Tabakunternehmen oder pflegen Beziehungen zu ihnen. Wie Martin Schläpfer, ehemaliger Lobbyist in der Schweiz, sagte: „Als Lobbyist muss man zwei Eigenschaften haben: Man sollte gerne essen, und man sollte ein schlechtes Gedächtnis haben.“

In dem [Republik-Artikel](#) beschreibt Schläpfer die Alltäglichkeit von Parlamentariern, die sich treffen und an gesellschaftlichen Veranstaltungen teilnehmen, die von Unternehmen organisiert oder bezahlt werden. Auch die PR-Agentur [Furrerhugi](#) hat sich für die Spitzengastronomie als strategisches Konzept entschieden: Sie begrüsst die Gäste im «Clé de Berne», wo gerade einmal fünf Tische stehen. Eine anonyme Quelle hat die Schweizerische Vereinigung für Tabakkontrolle darüber informiert, dass hinter verschlossenen Türen bei einer von der Industrie finanzierten gesellschaftlichen Veranstaltung Parlamentarier eingeladen wurden, über zukünftige relevante Abstimmungen zu entscheiden, wobei ein Parlamentarier offen erklärte, dass ihre Stimme gekauft werden kann. Furrerhugi selbst hat 3 Personen in ihrem Team mit [Zugangsausweisen zu den Parlamentssälen](#).

⁸ Umfasst unmittelbare Familienangehörige der hochrangigen Beamten

Es ist klar, dass es im Laufe des Jahres verschiedene nicht deklarierte Treffen zwischen relevanten Parlamentariern oder anderen Regierungsbeamten und der Tabakindustrie gibt (siehe Indikator 5, #11). «Wir führen einen offenen, konstruktiven und lösungsorientierten Dialog mit unseren Mitgliedern, mit der Bundesverwaltung, den Abgeordneten des Bundesparlaments, mit den Regierungen von Bund und Kantonen sowie mit der Öffentlichkeit. Wir tauschen uns regelmässig mit allen Parteien und wirtschaftlich relevanten Gruppen sowie mit der Gesellschaft aus.“Im Lichte unserer Ausführungen unter Indikator 1, #3 wird deutlich, dass **Economiesuisse ein Vehikel ist, um die Beziehungen zwischen Regierungsbeamten und der Tabakindustrie zu fördern.**

Solche Beziehungen gibt es auch auf **kantonalen und städtischer Ebene**, insbesondere dort, wo die Industrie verankert ist. Laut der Zeitschrift Bilan «trifft sich der Staatsrat von Neuenburg in corpore [die gesamte Kantonsregierung] seit etwa fünfzehn Jahren einmal im Jahr mit der PMI-Leitung, um ihre Forderungen zu hören».

<p>F. Die Regierung akzeptiert Unterstützungsangebote der Tabakindustrie bei der Durchsetzung, wie z.B. bei der Durchführung von Razzien gegen Tabakschmuggel oder der Durchsetzung von Rauchfreiheitsrichtlinien oder dem Verbot des Verkaufs an Minderjährige. (einschliesslich monetärer Beiträge für diese Aktivitäten) (Empfehlung 4.3)</p>					4	
---	--	--	--	--	---	--

Die Kommission für Fairness ist eine private Institution, die die Selbstregulierung der kommerziellen Werbung in der Schweiz sicherstellt. Seit 1992 besteht ein freiwilliges, unverbindliches Selbstregulierungsabkommen mit Swiss Cigarette, BVT, JTI und PMI. Das Abkommen wird oft von industrienahen Fraktionen der Regierung zitiert, wie z. B. dem Ausschuss für soziale Sicherheit und Gesundheit (SSHC) des Parlaments. Zu den Ständeräten im SHK gehören zum Beispiel Damian Müller, Präsident des SHK, sowie Hannes Germann und Johanna Gapany (für Verbindungen zur Industrie siehe Indikator 1, #3).

Zudem ist der Präsident der Kommission für Fairness, Philipp Kutter, selbst Nationalrat. Ausserdem führen sie Martin Kuonen von Swiss Cigarette als einen ihrer engagierten Experten für Tabak auf. Das Abkommen wurde 2005 und zuletzt 2018 aktualisiert. Ihr erklärtes Ziel ist es, eine Selbstdurchsetzung zu gewährleisten, d.h. dass Tabakerzeugnisse «verantwortungsvoll vermarktet werden und geeignete Massnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass die Werbung und Verbreitung dieser Produkte an erwachsene Raucher und nicht an Minderjährige gerichtet ist und den Informationsbedürfnissen von Erwachsenen entspricht, damit sie ihre freie Wahl ausüben können». Dies ist ein typisches Beispiel für eine Selbstregulierungstaktik, bei der die Übernahme freiwilliger Vermarktungsprotokolle durch die Industrie attraktiv erscheint und damit wirksame Regulierungen abwendet (was wir in früheren Schweizer Länderberichten ausführlich erläutert haben). Sogar KS/CS erklären auf ihrer Website zur Selbstregulierung offen, dass:

«Selbstregulierung hat eine verantwortungsvolle schöpferische Kraft. Es kann helfen, Einschränkungen und Verbote zu vermeiden.»

KS/CS Communication führt weiter aus, dass sie stark in die Kommission für Fairness eingebunden sind und somit deren Arbeit unterstützen.

Abgesehen von ihren bekannten Einschränkungen und der Tatsache, dass solche [Selbstregulierungsvereinbarungen immer wieder aus dem einfachen Grund scheitern, dass sie nicht zum Erfolg führen sollen](#), ist die [freiwillige Vereinbarung](#) aus zwei weiteren Gründen fehlerhaft. Demnach darf keine Werbung in gedruckten Publikationen geschaltet werden, es sei denn, es besteht eine Grundlage für die Annahme, dass mindestens [80% der Leserschaft](#) der betreffenden Publikation Erwachsene sind. Dies ermöglicht es **jedoch immer noch, dass bis zu 20% der Leserschaft minderjährig sind, wodurch Jugendliche Tabakwerbung ausgesetzt sind** – ein Risiko, das viel zu hoch ist, wenn es darum geht, die Jugend zu schützen. Zweitens berücksichtigt das Abkommen [nur Leser im Alter von 14 bis 17 Jahren](#) und vernachlässigt die unter 14-Jährigen, die gleich, wenn nicht sogar anfälliger für Tabakwerbung sind. Daten aus dem Jahr 2022 zeigen, dass die [Konsumraten von Schülern im Alter von 11 bis 15 Jahren gestiegen sind](#). Daher bietet es keinen ausreichenden Schutz für jüngere Kinder.

Ein ähnliches Selbstregulierungsabkommen, der sogenannte [Codex des Schweizerischen Vape-Handelsverbandes](#), wurde für Hersteller und Händler zur Vermarktung von E-Zigaretten und Liquids (bis zum Inkrafttreten des Tabakgesetzes im Oktober 2024) entwickelt.

G. Die Regierung akzeptiert, unterstützt, befürwortet oder geht Partnerschaften oder [unverbindliche Vereinbarungen mit der Tabakindustrie oder anderen Einrichtungen ein, die an der Förderung ihrer Interessen arbeiten.](#) (Empfehlung 3.1)

HINWEIS: Dies darf sich nicht um CSR, Durchsetzungsmassnahmen oder die Entwicklung von Richtlinien zur Tabakkontrolle handeln, da diese bereits in den vorherigen Fragen behandelt wurden.

4

Im Swiss Tobacco Industry Interference Index 2023 haben wir eine alarmierende Partnerschaft zwischen PMI und der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH), einer öffentlichen Institution, hervorgehoben. Seitdem haben wir den vollständigen Vertrag für diese Zusammenarbeit eingeholt und geprüft. Unsere eingehende [Analyse](#) zeigt, in welchem Ausmass diese Beziehung die Integrität der akademischen Forschung gefährdet, indem sie eine Agenda der Tabakindustrie in die staatlich finanzierte Wissenschaft einbettet. PMI konzipierte und betreute die Studie. Diese Partnerschaft gibt Anlass zur Sorge über Interessenkonflikte, den Missbrauch öffentlicher Gelder und die Erosion der wissenschaftlichen Unabhängigkeit in der Schweiz.

Im Jahr 2024 veröffentlichte die französischsprachige Zeitung *Bilan* einen Artikel mit dem Titel [«Philip Morris und Neuchâtel, eine besondere Verbindung über 60 Jahre»](#). Er hob die wahrgenommene wirtschaftliche Bedeutung von Philip Morris in Neuenburg hervor und zeigte, wie die Mitglieder des Staatsrats die Interessen des Unternehmens konsequent verteidigt haben. In dem Artikel heisst es, dass «der Staatsrat von Neuenburg sich in den letzten fünfzehn Jahren einmal im Jahr mit der Geschäftsleitung von PMI in corpore getroffen hat, um ihre Forderungen zu hören».

INDIKATOR 5: Transparenz

11. Die Regierung gibt Treffen/Interaktionen mit der Tabakindustrie nicht öffentlich bekannt, wenn solche Interaktionen für die Regulierung unbedingt erforderlich sind. (Empfehlung 2.2)

5

Es gibt kein Gesetz, das die Regierung verpflichtet, Treffen oder Interaktionen mit der Tabakindustrie proaktiv offenzulegen. Die Transparenzgesetze des Bundes und der Kantone sehen eine eingeschränkte Offenlegung durch Informationsfreiheitsersuchen vor.

Das Transparenzgesetz schreibt zwar vor, dass einige Sitzungen offengelegt werden müssen, aber für Parlamentsmitglieder gelten keine Regeln, und zusätzliche Informationen sind schwer zu beschaffen, da **es in der Schweiz keine Vorschriften gibt, die Regierungsbeamte dazu verpflichten, Treffen mit Vertretern der Tabakindustrie und alle damit verbundenen Sitzungsnotizen proaktiv offenzulegen.**

Öffentliche Fälle, in denen die Regierung ihre Treffen mit der Industrie nicht offengelegt hat:

In ihrem [Jahresbericht 2023](#) schreibt KS/CS, dass sich im Mai 2023 Mitglieder der Parlamentsgruppe «Markt und Werbung» mit [den Premium-Mitgliedern von KS/CS](#) (zu denen JTI, PMI und BAT gehören) getroffen haben. KS/CS beschreiben in ihrem Bericht weiter:

«Bundesrat [Guy Parmelin](#) hat eine Rede über die Bedeutung der Werbung gehalten. Der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements sprach sich klar für eine starke Werbewirtschaft aus. Im Anschluss an die Sitzung, in der alle Anträge des Vorstandes angenommen wurden, sprach Nationalrat Gregor Rutz, Präsident der Parlamentarischen Gruppe «Markt und Werbung», über deren Tätigkeit. Angesichts der vielen Initiativen, die eingereicht wurden, um Werbung zu verbieten oder zu regulieren, wird die vorbereitende, thematische Arbeit von KS/CS auch von den Parlamentarierinnen und Parlamentariern sehr geschätzt.»

Abschliessend heisst es: «Der informelle Austausch in Luzern wurde von allen Teilnehmenden geschätzt und wird [2024](#) wiederholt.»

Klar ist auch, dass es das ganze Jahr über Sitzungen der Verwaltungsratsmitglieder von Fenaco, Economiesuisse oder anderen relevanten Interessengruppen gibt (siehe Indikator 1, #3), an denen sowohl Vertreter der Tabakindustrie als auch hochrangige Regierungsbeamte teilnehmen. Zudem werden zahlreiche Treffen mit Lobbyisten nicht öffentlich bekannt gegeben, viele davon an exklusiven gesellschaftlichen Anlässen hinter verschlossenen Türen, wie zum Beispiel im Restaurant Clé de Berne in Bern. Martin Hilti, Geschäftsführer der Organisation Transparency International, erklärt: «In der Schweiz ist Lobbyismus weitgehend unreguliert. Es gibt [keine ausreichende Transparenz über die Lobbyarbeit](#), es gibt keine Garantie dafür, dass alle den gleichen Zugang zur Politik haben, und drittens gibt es keine Garantie dafür, dass sich die Akteure integer verhalten müssen. In anderen Ländern muss jeder Kaffee und jedes Treffen mit einem Lobbyisten offengelegt werden

INDIKATOR 6: Interessenkonflikte

13. Die Regierung verbietet nicht die Spenden der Tabakindustrie oder anderer Einrichtungen, die daran arbeiten, ihre Interessen an politische Parteien, Kandidaten oder Kampagnen zu fördern, oder verlangt die vollständige Offenlegung solcher Spenden. (Empfehlung 4.11)

4

Auf Bundesebene **gibt es in der Schweiz keine nationale Gesetzgebung, die jegliche Art von Zuwendungen der Tabakindustrie an politische Kandidaten, Parteien oder Kampagnen verbietet.** Es ist das einzige Land im Europarat, das keine Gesetze zur Regelung der politischen Finanzierung verabschiedet hat.

Die Abgeordneten sind zwar verpflichtet, ihre beruflichen Funktionen und Zugehörigkeiten offenzulegen, aber nicht verpflichtet, die Beträge, die sie verdienen, oder den finanziellen Wert ihres Mandats anzugeben. Darüber hinaus sind die Parlamentarier nicht verpflichtet, ihre Finanzinvestitionen wie Aktien oder Beteiligungen an Unternehmen offenzulegen, die von ihrer Gesetzgebungsarbeit betroffen sein könnten. Dieser Mangel an Details untergräbt die Transparenz und das Vertrauen der Öffentlichkeit. Bürger und Journalisten werden daran gehindert, das wahre Ausmass potenzieller Interessenkonflikte einzuschätzen. Darüber hinaus stützt sich das System ausschliesslich auf Selbstmeldungen, ohne unabhängige Überprüfung oder wirksame Sanktionen. Das bedeutet, dass unvollständige oder irreführende Erklärungen oft unbemerkt und ungestraft bleiben, was die Rechenschaftspflicht der gewählten Amtsträger verringert.

Auch die politische Finanzierung bleibt weitgehend undurchsichtig. Bis Oktober 2023 gab es keine gesetzlichen Verpflichtungen, Wahlkampfspenden zu deklarieren, und auch jetzt sind die Regeln teilweise und begrenzt. Beiträge unter CHF 15'000 müssen nicht offengelegt werden, und in einigen Kantonen sind die Transparenzanforderungen minimal oder gar nicht vorhanden. Das hat zur Folge, dass Unternehmen und Interessengruppen immer noch still und leise Kampagnen finanzieren können, ohne dass die Öffentlichkeit sie kontrolliert. Solche **strukturellen Schwächen ermöglichen es Wirtschaftslobbys, hinter den Kulissen Einfluss zu nehmen und die Integrität der demokratischen Prozesse in der Schweiz zu schwächen.**

Gemäss dem revidierten Bundesgesetz über die politischen Rechte [und der dazugehörigen Durchführungsverordnung über die Transparenz der Politikfinanzierung sind die in der Schweizerischen Bundesversammlung vertretenen Parteien im Jahr 2023 erstmals](#) verpflichtet, ihr Jahreseinkommen zu deklarieren und allfällige Spenderinnen und Spender zu identifizieren. Im Rahmen der eidgenössischen Wahlen im Oktober 2023 hat eine Überprüfung des öffentlichen Transparenzregisters ergeben, dass die Schweizerische Volkspartei (SVP) und die FDP/PLR [je CHF 35'000 von Philip Morris zur](#) Unterstützung ihrer jeweiligen Kampagnen erhalten haben. Diese finanziellen Verbindungen sind nicht überraschend, da beide Parteien im Laufe der Jahre zahlreiche direkte und indirekte Verbindungen zur Tabakindustrie unterhalten haben (siehe Indikator 1, #1). Zudem waren es dieselben Parteien, die in der laufenden Legislaturperiode im Parlament für die Umsetzung der Initiative «Kinder ohne Tabak» gekämpft haben.

und laufenden Regulierungsprozessen liefern. Ähnlich verhält es sich umgekehrt, wenn die Regierung diejenigen beschäftigt, die zuvor in der Tabakindustrie tätig waren, um Zugang und Einblicke in interne Regierungsprozesse zu erhalten.

15. Derzeitige Regierungsbeamte und deren Verwandte haben Positionen im Tabakgeschäft inne, einschliesslich Beratungspositionen. (Empfehlung 4.5, 4.8, 4.10)

5

Derzeit gibt es keine Vorschriften, die Parlamentsmitglieder daran hindern, Ämter zu bekleiden oder sich mit der Tabakindustrie zu beraten. Als solche verfügt die Tabakindustrie über ein komplexes Netzwerk, das weit in die Schweizer Regierung auf nationaler Ebene hineinreicht, darunter die Parlamentarier [Gregor Rutz \(angestellter Präsident von Swiss Tobacco\)](#), [Alois Gmur \(Mitglied der AEMP\)](#) und [Fabio Regazzi \(angestellter Präsident der USAM\)](#) (siehe Indikator I+3).

Wie stark die Tabakinteressen in den politischen Institutionen der Schweiz verankert sind, zeigt sich auch an der Präsenz von Parlamentarierinnen und Parlamentariern in Tabaklobbygruppen und in wichtigen Ausschüssen, die die Gesundheits- und Wirtschaftspolitik gestalten. [Lobbywatch Schweiz](#), ein gemeinnütziger Verein, veranschaulicht und analysiert die Verbindungen zwischen Ratsmitgliedern und externen Unternehmen, Verbänden und Institutionen. Recherchen eines ihrer Journalisten ergaben, dass bis 2024 [30 Parlamentarierinnen und Parlamentarier direkte oder indirekte Verbindungen zur Tabaklobby haben](#), darunter 11 von der SVP, 10 von der FDP und 9 von der Zentrumsparterie (siehe Indikator I). Entscheidend ist, dass eine Reihe dieser gewählten Vertreter in zwei parlamentarischen Ausschüssen sitzen, die für die Regulierung des Tabakkonsums am wichtigsten sind: dem Ausschuss für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) und dem Ausschuss für Wirtschaft und Steuern (WAK). Zum Beispiel:

- [SVP-Ständerat Hannes Germann \(Schaffhausen\)](#), Vizepräsident der SGK, verlieh einen seiner beiden parlamentarischen Zugangsausweise an einen Berater, der sich zuvor für die BAT Schweiz eingesetzt hatte.
- [SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr \(Thurgau\)](#), ebenfalls Mitglied der SGK, sitzt sowohl im Vorstand der IG Freiheit als auch im Schweizerischen Gewerbeverband (SGV/USAM), in dem der Tabakwaren-Dachverband AEMP vertreten ist.
- [FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger \(Basel-Landschaft\)](#), Mitglied der WAK, ist seit 2018 festangestellte Vizepräsidentin der SGV und steht in direktem Zusammenhang mit dem Lobbying-Apparatus der Branche (Industrie- und Handelskammer).
- [Zentrumsparterie-Nationalrat Markus Ritter \(St. Gallen\)](#), salvenierter Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes und WAK-Mitglied, hat Francis Egger, Generalsekretär der Swiss Tabac und gleichzeitig stellvertretender Direktor des Bauernverbandes, eine Parlamentsabzeichen überreicht.
- [Zentrumsparterieirat Erich Ettlin \(Obwalden\)](#), Vizepräsident der WAK und Mitglied der SGK, ist als Mitglied der SGV aufgeführt.

Die Überschneidung dieser Mandate zeigt, dass **die derzeitigen Regierungsbeamten Positionen einnehmen, die direkt mit der Tabakindustrie und ihren verbündeten**

Die Schweizer Regierung hat weder einen Verhaltenskodex verabschiedet noch formuliert, der Standards vorschreibt, an die sie sich im Umgang mit der Tabak- und/oder E-Zigarettenindustrie oder deren Vertretern halten sollte.

<p>18. Die Regierung verlangt von der Tabakindustrie, dass sie regelmässig Informationen über die Tabakproduktion, -herstellung, ihren Marktanteil, ihre Marketingausgaben, -einnahmen und alle anderen Aktivitäten vorlegt, einschliesslich Lobbyarbeit, Philanthropie, politische Beiträge und Marketingaktivitäten (Empfehlung 5.2, 5.3 und COP9 und 10 Beschluss)</p>						5
--	--	--	--	--	--	---

Die Schweizer Regierung hat keine solche Anforderung, Massnahme und ist nicht dabei, ein solches Programm zu entwickeln.

<p>19. Die Regierung hat ein Programm/System/einen Plan, um⁹ das Bewusstsein in ihren Abteilungen für die Richtlinien in Bezug auf die FCTC-Richtlinien nach Artikel 5.3 konsequent zu schärfen. (Empfehlung 1.1, 1.2)</p>						5
--	--	--	--	--	--	---

Die Schweizer Regierung hat kein solches Programm, System und Plan.

<p>20. Die Regierung hat eine Politik eingeführt, die die Annahme aller Formen von Spenden/Geschenken der Tabakindustrie (monetär oder anderweitig) verbietet, einschliesslich Hilfsangeboten, Richtlinienentwürfen oder Einladungen zu Studienbesuchen, die der Regierung, ihren Behörden, Beamten und ihren Angehörigen gegeben oder angeboten werden. (Empfehlung 3.4)</p>					4	
--	--	--	--	--	---	--

Das [Bundesgesetz über das Personal des Bundes](#) verbietet es den Bundesbediensteten, bei der Ausübung ihres Amtes für sich oder andere ein Geschenk oder einen anderen Vorteil zu verlangen, anzunehmen oder anzunehmen (Art. 21 Abs. 4 BPG). Artikel 93 der Verordnung über das Personal des Bundes stellt klar, dass Geschenke oder Zuwendungen, die einen Verkehrswert von 200 Franken übersteigen, verboten sind.

⁹ Für die Zwecke dieser Frage bedeutet „konsequent“: a. Jedes Mal, wenn das FCTC diskutiert wird, wird 5.3 erläutert. UND b. Wann immer sich die Gelegenheit ergibt, z. B. wenn die Intervention der Tabakindustrie entdeckt oder gemeldet wird.

Mitarbeitenden des Bundes, die an einem Beschaffungs- oder Entscheidungsprozess beteiligt sind, ist es untersagt, auch nur geringfügige und gesellschaftlich übliche Vergünstigungen (die einen Verkehrswert von 200 CHF nicht überschreiten) anzunehmen, wenn:

- I. Der Vorteil wird geboten durch:
 - a. Ein tatsächlicher oder potenzieller Lieferant oder Anbieter
 - b. Eine Person, die an einem Entscheidungsprozess beteiligt oder davon betroffen ist, oder
2. Ein Zusammenhang zwischen der Gewährung des Vorteils und dem Beschaffungs- bzw. Entscheidungsprozess kann nicht ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus bestimmt Artikel 93 ferner, dass Arbeitnehmer, die ein Geschenk aus Gründen der Höflichkeit nicht ablehnen können, es der zuständigen Behörde gemäss Artikel 2 übergeben müssen. Zudem muss die Annahme aus Höflichkeitsgründen im Gesamtinteresse des Bundes liegen, und die Annahme und allfällige Verwendung solcher Geschenke erfolgt durch die zuständige Stelle nach Artikel 2 zugunsten der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Die Annahme von Geschenken und Zuwendungen durch Mitarbeitende der Kantonsregierungen unterliegt einer eigenen Gesetzgebung und wird der Bundesgesetzgebung ähneln. Es ist zu beachten, dass diese Regeln nicht für Mitglieder der Legislative gelten, wie z.B. National- oder Staatsräte, die bei privaten Unternehmen angestellt sein oder ein eigenes Unternehmen betreiben können.

Die Bestimmungen des schweizerischen Strafgesetzbuches, die Bestechung unter Strafe stellen (insbesondere [Artikel 322sexies](#)) kann auch für Parlamentarier gelten, wenn die Vergünstigung zur Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben gewährt wird. Mit anderen Worten: Ein Beamter kann der Annahme eines Vorteils für schuldig befunden werden, unabhängig davon, ob die Person, die den Vorteil gewährt hat, der Vorteilsgewährung für schuldig befunden werden kann oder nicht.

Es gibt keine ausdrücklichen Regeln, die Regierungsbeamte oder gewählte Vertreter daran hindern, Unterstützung von Dritten anzunehmen, wie z.B. Entwürfe von Strategiepapieren oder Expertenrat. Studienreisen fallen unter die Annahme eines Vorteils gemäss oben.

INSGESAMT

96

(Nicht-Vertragspartei des WHO-Übereinkommens)

ZUSÄTZLICHE FRAGEN

Basierend auf den Beschlüssen der COP9 und COP10, in denen die Empfehlungen von Artikel 5.3 hervorgehoben werden

A. HAFTUNG: Die Regierung hat obligatorische Strafen für die Tabakindustrie verhängt oder durchgesetzt, falls sie falsche oder irreführende Informationen geliefert hat (Empfehlung 5.4)

[5.4 Die Vertragsparteien sollten im Einklang mit dem nationalen Recht zwingende Sanktionen gegen die Tabakindustrie verhängen, wenn falsche oder irreführende Informationen bereitgestellt werden.]

Beweisführung

In der Schweiz gibt es trotz internationaler Empfehlungen keine spezifischen gesetzlichen Bestimmungen oder Durchsetzungsmechanismen, um die Tabakindustrie für falsche oder irreführende Angaben zu bestrafen. Bisher gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass Tabakunternehmen wegen Falschinformationen, sei es in Bezug auf Produktinhalte, gesundheitsbezogene Angaben oder Marketingberichte, zwingende Sanktionen verhängt wurden.

Ein besonders besorgniserregendes Beispiel ist die unbewiesene Behauptung, dass E-Zigaretten oder erhitzte Tabakerzeugnisse «95% weniger schädlich» seien als Rauchen. Diese wissenschaftlich unbegründete Behauptung wurde von der Tabakindustrie in der Schweiz wiederholt verwendet, unter anderem in Medieneklärungen, Lobbymaterial und in der Einbindung von Interessengruppen, ohne regulatorische Konsequenzen.

Das Fehlen eines Haftungsrahmens ermöglicht es der Tabakindustrie, politische Entscheidungsträger, die Öffentlichkeit und sogar Angehörige der Gesundheitsberufe ungestraft in die Irre zu führen und so die Bemühungen um die öffentliche Gesundheit zu untergraben. Dies ist eine deutliche Lücke in der Umsetzung von Artikel 5.3 des WHO-Rahmenübereinkommens und insbesondere von Empfehlung 5.4, die verbindliche Strafen bei vorsätzlicher Falschinformation fordert.

B. KH-RESSOURCENDATENBANK: Die Regierung hat Massnahmen ergriffen und umgesetzt, um den Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen über die Tätigkeiten der TI zu gewährleisten [5.5 Die Vertragsparteien sollen wirksame gesetzgebende, exekutive, administrative und sonstige Massnahmen, um im Einklang mit Artikel 12 Buchstabe c des Übereinkommens den Zugang der Öffentlichkeit zu einem breiten Spektrum von Informationen über die Tätigkeiten der Tabakindustrie zu gewährleisten, die für die Ziele des Übereinkommens von Belang sind, z.B. in einem öffentlichen Speicher.]

Beweisführung

Die Schweiz hat keine spezifischen Massnahmen ergriffen oder umgesetzt, um einen systematischen Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen über die Aktivitäten der Tabakindustrie zu gewährleisten, wie in Artikel 5.3, Empfehlung 5.5 des WHO-Übereinkommens empfohlen. Es gibt weder ein zentralisiertes, zugängliches öffentliches Repository, das die Interaktionen zwischen Regierungsbeamten und der Tabakindustrie offenlegt, noch einen proaktiven Transparenzmechanismus in Bezug auf Lobbying, finanzielle Beiträge oder Unternehmenspartnerschaften.

Dies steht in starkem Kontrast zu anderen Ländern, die Best Practices implementiert haben:

- Frankreich unterhält ein obligatorisches Lobbying-Register (HATVP), in dem Tabakunternehmen Treffen und finanzielle Ausgaben melden müssen.
- Das Vereinigte Königreich verlangt von Amtsträgern, dass sie alle Treffen mit externen Akteuren, einschliesslich der Tabakindustrie, protokollieren und veröffentlichen.
- Uruguay geht noch weiter, indem es proaktiv alle Kontakte zu Tabakunternehmen offenlegt und ein spezielles System zur Überwachung der Einmischung der Industrie in die öffentliche Gesundheit unterhält.

In der Schweiz bleiben solche Informationen für die Öffentlichkeit weitgehend unsichtbar. Lobbyarbeit ist nur teilweise reguliert, und es gibt keine gesetzliche Verpflichtung, Treffen mit der Tabakindustrie oder damit verbundene Spenden offenzulegen. Infolgedessen fehlen der Zivilgesellschaft und den Journalisten die Instrumente, um den Einfluss der Industrie zu überwachen und die Akteure zur Rechenschaft zu ziehen.

Dieser Mangel an Transparenz untergräbt den Grundsatz der verantwortungsvollen Staatsführung und stellt die Schweiz in einen klaren Verstoss gegen Artikel 5.3 des FCTC, insbesondere gegen die Empfehlung 5.5, die wirksamen gesetzgeberischen oder administrativen Massnahmen fordert, um den Zugang der Öffentlichkeit zu relevanten Daten der Tabakindustrie zu gewährleisten.

Anhang A: Wichtige Akteure der Tabakindustrie

	MULTINATIONALE TABAKKONZERNE	MARKTANTEIL	MARKEN
1	Philip Morris International (PMI)	41%	Marlboro, L&M, Chesterfield, Philip Morris; IQOS/TEREA (HTP)
2	British American Tobacco (BAT)	33%	Lucky Strike, Pall Mall, Rothmans; glo (HTP)
3	Japan Tobacco International (JTI)	26%	Camel, Winston, LD; Ploom (HTP)

	LOKALE TABAKKONZERNE	MARKTANTEIL	MARKEN
1	Oettinger Davidoff AG (Basel)	n/a (nicht öffentlich bekannt gegeben für CH)	Davidoff, Zino, Avo, Camacho; Handgefertigte Premium-Zigarren
2	Villiger Söhne AG (Pfeffikon LU)	n/a (nicht öffentlich bekannt gegeben für CH)	Villiger (Zigarren/Zigarillos); Grosser maschineller Hersteller
3	Swiss Tobacco (Vereinigung des Schweizerischen Tabakwarenhandels) <i>(trade body for wholesalers/retail)</i>	n/a	Repräsentiert den Schweizer Tabakhandel (Gross- und Detailhandel)

	VEREINIGUNGEN / VERBÄNDE IN DER TABAKINDUSTRIE	TYP <i>(ALLIANZ / VERBAND, AFFILIATE, EINZELPERSON)</i>
1	Swiss Cigarette (Branchenverband von PMI, BAT, JTI)	Front / Industrieverband
2	AWMP – Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik	Allianz / Dach-Lobbying-Plattform
3	JTI Switzerland „Clean-Up“ Partnerschaften, IGSU – Schweizer Kompetenzzentrum gegen Littering / Clean-Up-Day	Allianz / Partnerschaftsplattform im CSR-Stil
4	Swiss Tobacco – Vereinigung des Schweizerischen Tabakwarenhandels	Handelsverband (Einzel-/Grosshandel), Industrieallianz
5	Handelsverband Schweiz (Verbindungen zum Tabakhandel & AWMP)	Wirtschaftsverband, politischer Verbündeter
6	GastroSuisse (Hospitality-Lobby stimmt in Werbe-/Verkaufsfragen häufig überein)	Wirtschaftsverband, politischer Verbündeter
7	Schweizerische Lauterkeitskommission (historische Selbstregulierung mit Swiss Cigarette/BAT/JTI/PMI)	Selbstregulierungsorgan, das von der Industrie genutzt wird
8	Economiesuisse / Schweizerischer Gewerbeverband (sgv) (AWMP gehostet „clo sgv“ pro Swiss Tobacco Links Seite)	Wirtschaftlicher Dachverband, politischer Verbündeter